

Der FUNK

TAGESZEITUNG FÜR RECHT, FREIHEIT UND KULTUR

„Der Fank“ erscheint sechsmal wöchentlich. Bei Ausfall der Lieferung infolge höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Entschädigung.

Bezugspreis 3.— Mark monatlich zusätzlich Zustellgebühr Anzeigenpreise nach Vereinbarung. Platz- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit

Redaktion und Verlag: Berlin SW 10, Inselstr. 8a. Fernruf: F 7 Jannowitz 599
Postcheckkonto Berlin Nr. 80460 (Internationale Verlagsanstalt G m b H.)

NUMMER 292 A

BERLIN • Dienstag, den 10. Januar 1933.

2. JAHRGANG

Der Mord an China wird international toleriert

Herr Roos kehrt ins politische Leben zurück.

G. K. Der Finanzminister der Süd-Afrikanischen Union (SAU), M. Havenga, veröffentlichte am 29. Dezember 1932 eine Erklärung, derzufolge seine Regierung die Einlösbarkeit der Banknoten gegen Gold nicht aufrechterhalten könne, da seit der Rückkehr des Herrn Tilmann Roos ins politische Leben die Kapitalflucht eine ungeheure Ausdehnung angenommen habe.

Wer ist dieser Herr Roos und warum konnte sein Wiedererscheinen auf der politischen Bühne eine derartige Panik hervorrufen, daß die südafrikanische Regierung eine der wesentlichsten Bedingungen der Goldwährung aufgegeben hat?

Tilmann Roos war früher Mitglied der jetzigen Regierung des Generals Hertzog, die er vor einiger Zeit, angeblich aus Gesundheitsrücksichten, verlassen hat, um sich ausschließlich seiner juristischen Tätigkeit zu widmen. Er gehörte der Partei des Generals Hertzog, der Nationalistischen Partei Süd-Afrikas, an. Kürzlich ist er mit einem Plan an die Öffentlichkeit getreten, eine nationale Regierung zu bilden, die gemäß einer Rede, die er am 28. Dezember 1932 in Johannesburg gehalten hat, auf den folgenden drei Grundätzen beruhen soll: 1. soll sie eine wirklich weitreichende Koalitionsregierung sein; 2. soll sie die Rassenstreitigkeiten zwischen Engländern und Holländern (Buren) ausschalten; 3. soll sie die süd-afrikanische Währung vom Gold lösen.

Um zu verstehen, was diese drei Punkte bedeuten, müssen wir einen Blick auf die neueste Geschichte der SAU werfen.

In der SAU gibt es im wesentlichen drei große Parteien: die Arbeiterpartei, die fast ausschließlich aus Gewerkschaftlern englischer Herkunft besteht, die Süd-Afrikanische Partei unter General Smuts, die vorwiegend englandfreundlich ist, und die Nationalistische Partei unter General Hertzog, die viele Buren umfaßt und die völlige Loslösung der SAU vom britischen Weltreich wünscht.

Bis 1924 war die Süd-Afrikanische Partei an der Macht. In jenem Jahre fanden Wahlen statt, bei denen die Arbeiterpartei mit den Nationalisten zusammenging, um General Smuts zu schlagen. Dies gelang. Es wurde eine Regierung aus Vertretern der Nationalisten und der Arbeiterpartei gebildet. Wie vorauszusehen war, gerieten die Arbeitervertreter in das Schlepptau der Nationalisten und verloren unter der Arbeiterschaft immer mehr an Vertrauen. Es kam sogar in Fragen der Regierungsbeteiligung zu einer Spaltung der Arbeiterpartei, die bei den Wahlen des Jahres 1929 in zwei Gruppen kämpfte. Viele Wähler wandten sich enttäuscht von der Arbeiterpartei ab, sodaß sie fast alle Sitze im Parlament verlor. Die Nationalisten waren nicht mehr auf die Koalition mit der Arbeiterpartei angewiesen und konnten ungehindert ihren arbeiterfeindlichen Kurs verfolgen. Das hindert jedoch zwei Mitglieder der Südafrikanischen Arbeiterpartei nicht daran, auch jetzt noch der Regierung Hertzog anzugehören — trotz der Proteste ihrer eigenen Partei.

So ist mit Hilfe der Arbeiterpartei eine höchst reaktinäre Regierung in der SAU zu Stande gekommen, eine Regierung, deren Verhalten gegenüber den Negern an Gemeinheit kaum überboten werden kann.

Nun deuten aber gewisse Anzeichen darauf hin, daß in der letzten Zeit eine Verschiebung der Machtverhältnisse eingetreten ist.

Die Partei des Generals Hertzog hat die anti-englische Propaganda mit einer Schärfe betrieben, die auch unter ihren eigenen Anhängern manchen Widerwillen erregt hat.

Das Festhalten an der Goldwährung nach deren Aufgabe in England, das offenbar wesentlich aus nationalistischen Gründen erfolgt ist, hat der Nationalistischen Partei all diejenigen entfremdet, die am Export interessiert sind. Die Gesellschaften, die die Goldminen besitzen, sind aus dem gleichen

Grund Gu-n. Die Meldungen über den Krieg Japans kommen stockend, entscheidende militärische Vorstöße der Japaner sind in den letzten Tagen nicht erfolgt. Angesichts dieses Stockens wird es besonders deutlich, wieviel Zeit ungenutzt verstreicht, die zu nutzen der Völkerbund verpflichtet ist, und gerade jetzt berührt besonders peinlich das hundertprozentige Schweigen der Feigheit, das über Genf liegt, und das die Idee von Genf im Kreise der dort versammelten kapitalistischen Mächte längst jedes Lebens beraubt hat.

Weit peinlicher noch für einen Sozialisten berührt aber in diesen Tagen der Gelegenheit **wirkamen Handelns** das Schweigen seitens der Internationalen, vor allem auch der gewerkschaftlichen Internationalen.

So haben die japanischen Beutemacher Zeit, in Ruhe die weiteren Vorstöße vorzubereiten. In welcher Richtung?

Bedeutsamer als die bei Schanghai kwang fort dauernden kleineren Kämpfe sind die Vorgänge um

die beiden nächsten Objekte des japanischen Angriffs:

1. In der Provinz Jehol, und zwar im östlichen Teil, haben japanische Flugzeuge die chinesischen Stellungen bombardiert. Am Sonntag warfen japanische Flieger über einer Stadt in Jehol Flugblätter ab, die die Besetzung der gesamten Provinz angekündigt.

2. Aus Tsinwangtau, dem Hafen, der nahe bei Schanghai kwang an der Bahn nach Tientsin liegt, fliehen japanische Staatsangehörige auf japanische Kriegsschiffe. Der Kommandant der vor Tsinwangtau liegenden japanischen Kriegsschiffe hat vom Stadtkommandanten die Übergabe der Stadt an die Japaner gefordert. Wenn sich „irgendein Zwischenfall“ ereignen sollte, so würde die Stadt sofort unter Feuer genommen werden. Englische Infanterie ist von Schanghai nach Tsinwangtau beordert worden, um „die englischen Interessen“ dort zu schützen. Diese Interessen beruhen wohl nur z. T. auf der Beteiligung englischen Kapitals bei der Kohlegewinnung der chinesischen „Kailan Mining Co.“, deren Ausfuhrhafen Tsinwangtau ist.

Die Räuber sind entschlossen, nicht auf halbem Wege stehen zu bleiben.

Ihr Hantieren mit den Noten und Vermittlungsversuchen läßt dies von neuem erkennen. Das japanische Außenministerium hat Ende der vergangenen Woche eine chinesische Protestnote den japanischen Lokalbehörden in Peking und Tientsin überwiesen, „da dieser Fall (von Schanghai kwang) nur rein örtliche Bedeutung habe“. Ein Anerbieten des Chefs der englischen Flotte in China, wonach die englische Regierung zur Vermittlung zwischen China und Japan bereit sei, hat der japanische Oberbefehlshaber in Tientsin, Nakamura, im Auftrage seiner Regierung abgelehnt. Da die Ausflucht mit den Lokalbehörden hier nicht einleuchtend gewesen wäre — denn der Oberbefehlshaber selber ist eine Lokalbehörde —, wurde ein anderes Argument hervorgebracht: der britische Admiral solle sich mit seinem Vermittlungsvorschlag an die chinesischen Behörden wenden; die Japaner könnten Verhandlungen nicht anknüpfen, solange die Chinesen nicht die bekannten japanischen Forderungen angenommen hätten. (Diese Forderungen laufen auf eine Legalisierung und Sanktionierung des bisherigen japanischen Raubes hinaus.) Es

Grunde der Regierung unfreundlich gesinnt. Dann die Entwertung des süd-afrikanischen Pfundes würde ihre Gewinne erheblich vergrößern: Für Löhne und die übrigen Kosten würden sie mindestens zunächst nur ebenso viel aufwenden, für das Gold aber mehr Papierpfund erhalten.

Ferner hat die Regierung, um den Staatshaushalt zu sanieren, die Löhne der Eisenbahner und anderen Staatsarbeiter gekürzt.

Dies alles hat zur Folge gehabt, daß die Nationalistische Partei bei den Parlamentsersatzwahlen in Germiston eine schwere Niederlage erlitten hat. Und zwar haben die meisten Wähler in dieser Arbeiterstadt für die Süd-Afrikanische Partei gestimmt. Zur Arbeiterpartei haben sie noch kein Vertrauen wiedergewonnen.

Der Ausgang dieser Ersatzwahlen und mancherlei andere Anzeichen haben die Regierung Hertzog sehr unsicher gemacht. Als nun Herr Roos mit der Absicht auf dem Plan

AUS DEM INHALT:

England im dritten Krisenjahr.
Blutopfer der Politik.
Weltfriede und Arbeiter-Bewegung.
Zum neuen Arbeitsbeschaffungsgeschwätz.
Noch immer Lohnabbau.
Die Generale der Republik.

Ist klar: die Japaner wollen zur Zeit noch keine „Beilegung“ des Konflikts.

Welche Rolle spielt Nanking?

Von der chinesischen Zentral-Regierung hört man bisher kein klares Wort. Generale aus ganz China haben sie mit Telegrammen bombardiert, in denen ein großer nationaler Verteidigungskrieg gefordert wird. Nach einer Kabinettsitzung, die am Freitag unter dem Vorsitz Tschiang Kaischeks stattgefunden hat, wurde ein Aufruf der Regierung an das chinesische Volk angekündigt: es solle den Feldzug gegen die japanischen Einbrecher unterstützen. Bisher ist uns von einem solchen Aufruf nichts bekannt geworden.

Es mag sein, daß die militärische Machtlosigkeit Chinas eine kriegerische Gegenwehr als Wahnsinn erscheinen läßt.

Dann bestände immerhin noch die Möglichkeit, dies klipp und klar zu sagen und den Völkerbund vor eine Entscheidung zu stellen, der er nicht ausweichen kann.

Es bestünde die Möglichkeit, vor dem Forum der Welt die wortbrüchigen Machthaber in Genf daran zu erinnern, daß der Artikel 16 der Völkerbundssatzung so beginnt:

„Falls eines der Bundesmitglieder entgegen den Verpflichtungen, die es durch die §§ 12, 13 und 15 übernommen hat, zum Kriege schreitet, wird es ohne weiteres so angesehen, als hätte es eine Kriegshandlung gegen alle anderen Bundesmitglieder begangen. Die verpflichteten sich, unverzüglich alle Handels- oder Finanzbeziehungen zu ihm abzubrechen... und die Einstellung aller finanziellen, Handels- oder persönlichen Verbindungen zwischen den Angehörigen dieses Staates und denjenigen jetzt anderen Staates, gleichviel ob er Bundesmitglied ist oder nicht, zu veranlassen...“

Der chinesische Botschafter in London hat am Dienstag erklärt, er werde am Donnerstag nach Genf reisen und auf eine Stellungnahme des Völkerbundes drängen. Der Chinese brauchte damals sehr empörte Worte und meinte mit Recht: lieber solle Japan aus dem Völkerbund verschwinden als daß dieser weiter seine Pflicht verletze. Der genannte Donnerstag ist vorbei. Aus Genf hören wir nichts von einem chinesischen Schritt.

Nanking treibt also eine Politik der Tatenlosigkeit, des Aufschiebens,

und es ist eines der noch zu erörternden Probleme der Fernost-Politik, die Gründe dieser Politik Nankings zu erkennen, um sie vom international-sozialistischen Standpunkt beurteilen zu können.

erschien, mit Hilfe des Generals Smuts, der unzufriedenen Nationalisten und der Reste der Arbeiterpartei eine Koalitionsregierung zu schaffen, mußte die Regierung mit einer Niederlage im Parlament und für sie ungünstige Neuwahlen rechnen. Dies erkannten auch die Finanzmächte und sahen tiefgehende politische Wirren im Lande voraus. Dies scheint sie dazu veranlaßt zu haben, rasch große Kapitalmengen ins Ausland zu bringen.

Um der dadurch entstehenden Gefahr eines Zusammenbruches der Währung zu entgehen und um die Parteigegner in wenigstens einem Punkte zu versöhnen, gab die Regierung die Einlösbarkeit der Banknoten in Gold preis.

Mit welchem Erfolge, bleibt abzuwarten. Jedenfalls rechnet die Regierung selber nicht damit, daß sie noch lange im Amte bleiben wird. Die Nationalpartei verbreitet die Nachricht, daß das Kabinett Hertzog nicht vor dem Wiederzusammentritt des Parlamentes am 20. Januar zurücktreten

werde. Wenn das Parlament dann gegen die Regierung stimmen werde, sei mit der Auflösung und der Ausschreibung von Neuwahlen zu rechnen. Sollte es Herrn Roos dann gelingen, seine Koalitionsregierung zu bekommen, so ist damit keineswegs sicher, daß die Regierung sich in besseren Händen befinden wird. Solange die Süd-Afrikanische Partei sich in Opposition befand, konnte man damit rechnen, daß sie

den reaktionären Maßnahmen, die gegen die Neger gerichtet sind, einen gewissen Widerstand entgegensetzen würde. Wenn sie jetzt eine Koalition mit den Nationalisten des Herrn Roos eingeht, so ist zu befürchten, daß die Neger den Geist der nationalen Einigkeit (d. h. hier Einigkeit zwischen Engländern und Buren) durch verschärfte Ausbeutung zu fühlen bekommen.

ist lahmgelegt, die wichtigsten Punkte mit Infanterie- und Maschinengewehrabteilungen besetzt. Auf beiden Seiten wurde viel geschossen. Die Aufständischen haben auch von Bomben und Handgranaten Gebrauch gemacht. Es gab bereits zahlreiche Tote und Verletzte.

Das Innenministerium hat bisher keinen Bericht über die Lage in Barcelona herausgegeben. Daher nimmt man an, daß die Lage für sehr ernst gehalten wird, vor allem da in Barcelona zur Zeit — wegen des Ueberganges zur autonomen Regierung — nur geringe Polizeikräfte stationiert sind. Es handelt sich bei dem Aufstand angeblich um die Durchführung der syndikalistischen und kommunistischen Umsturzpläne, die von der spanischen Polizei Ende Dezember entdeckt worden sind.

Regierungskrise in Rumänien.

In Rumänien ist völlig unerwarteter Weise eine Regierungskrise ausgebrochen — unerwartet insofern, als mit einem so schnellen Rücktritt der Regierung, wie er jetzt wahrscheinlich ist, nicht zu rechnen war. Die äußeren Ursachen der Meinungsverschiedenheiten zwischen dem König und dem Kabinett sind folgende:

Seit einiger Zeit waren in Bukarest Gerüchte im Umlauf über den bevorstehenden Rücktritt der Generale Marinescu und Dumitrescu, die Präfekten der Polizei und Gendarmerie sind. Beide Generale haben zu Neujahr Tagesbefehle an die Polizeitruppen herausgegeben, in denen sie, mit deutlicher Spitze gegen den Innenminister, Michalache erklärten, daß diese Gerüchte aus der Luft gegriffen seien. Der Innenminister hat daraufhin den König gebeten, die Generale zu entlassen. Als der König sich weigerte, dies zu tun, reichte der Innenminister seine Demission ein. Ministerpräsident Maniu stellte sich auf die Seite Michalaches und drohte mit der Gesamtdemission des Kabinetts für den Fall, daß der König die Generale nicht entläßt. Inzwischen ist Titulescu aus der Schweiz nach Rumänien zurückgerufen worden, da er bekanntlich die ausschlaggebende Persönlichkeit in der rumänischen Regierung ist.

Der äußere Anlaß zum Rücktritt, den die Differenz mit dem König gegeben hat, kommt der Regierung Maniu gewiß nicht unangelegen. Die Regierung Maniu ist gebildet worden, weil der vorherige Ministerpräsident Vaida weder in der Frage der russisch-rumänischen Beziehungen, noch in der der Finanzlage Rumäniens eine befriedigende Lösung wußte.

Titulescu wurde damals Außenminister und übernahm es, Rußland gegenüber in der Bessarabien-Frage nicht nachzugeben (was zur Folge hatte, daß, obwohl Polen und Frankreich Nichtangriffspakte mit Rußland abgeschlossen haben, Rumänien keinen solchen Pakt unterzeichnet hat) und die Finanzfrage durch private Unterhandlungen mit den ausländischen Gläubigern zu regeln, um so das Genfer Protokoll zu umgehen. Die Verhandlungen, die inzwischen geführt worden sind, haben nur zu dem Ergebnis geführt, daß die Gläubiger zwar zu Einzelabkommen an Stelle des Völkerbunds-Abkommens bereit sind, aber die gleichen Kontrollrechte in der rumänischen Wirtschaft beanspruchen, gegen die die rumänische Regierung sich im Fall des Genfer Protokolls auflehnte. Jetzt wäre die Regierung Maniu also vor die unangenehme Aufgabe gestellt, offen zu bekennen, daß ihre Versuche mißlungen sind und dann das verhaßte Genfer Protokoll zu unterzeichnen. Sie wird es vorziehen, zurückzutreten und diese Aufgabe ihrem Nachfolger zu überlassen.

Wenn es aber zum Regierungsrücktritt kommt, werden wahrscheinlich Neuwahlen ausgeschrieben werden. Obwohl von freien Wahlen in Rumänien niemals die Rede sein kann, würde die Liberale Partei ans Ruder kommen; denn die Regierung Maniu hat sich bereits hinreichend unbeliebt gemacht und wird wahrscheinlich nicht wieder die Mehrheit erlangen. Eine liberale Regierung würde aber nicht im Interesse des Königs liegen. Es besteht daher die Möglichkeit, daß über kurz oder lang die Diktatur in Rumänien wieder eingeführt wird.

Bombenattentat in Delhi.

Auf die berühmte große Moschee in Delhi wurde am Sonnabend ein Bombenanschlag verübt. Die Attentäter hatten zwei Bomben in die Moschee und eine vor den Eingang gelegt. Die Bombe vor der Moschee explodierte und verwundete zwei Hindus. Die beiden anderen Bomben konnten entfernt werden, ohne daß sie zur Explosion kamen.

Ein Einbruch in die Rüstungsfront.

Ohne auf Abrüstungskonventionen, Gleichberechtigung u. s. w. zu warten, ist Dänemark selbständig daran gegangen, abzurüsten. Und während im Fernen Osten der Krieg wütet und von Genf höchstens noch erwartet wird, daß die Aufrüstung in den nächsten Jahren nicht allzu groß sein wird, setzt die dänische Regierung den Ausverkauf der Kriegsschiffe fort. 4 U-Boote, 3 Torpedoboote und ein Kriegsschiff werden zur Verschrottung verkauft.

Waffenschmuggel von Italien nach Ungarn?

Die Wiener „Arbeiter-Zeitung“ berichtet, daß vor einigen Tagen in der Hirtenberger Patronenfabrik 40 Kisten Eisenwaren von einem gewissen Giuseppe Cortesi aus Verona (Italien) angekommen und dann auf ungarischen Automobilen über die ungarische Grenze geschafft worden seien. In diesen Kisten befanden sich, so behaupten mehrere Wiener Linkszeitungen,

Gewehre und Maschinengewehre, die von Italien nach Ungarn geschmuggelt

worden sind. Die österreichische Regierung versuche den Fall zu vertuschen, indem sie erkläre, daß man der Hirtenberger Patronenfabrik Arbeit beschaffen wolle. Die Kisten seien jedoch in genau dem gleichen Zustande abtransportiert worden, wie sie aus Italien angekommen seien. Die Sozialdemokratische Partei habe die Absicht, diesen Fall genau zu untersuchen und die Regierung Dollfuß dafür zur Verantwortung zu ziehen.

Der rote Hahn auf der französischen Handelsflotte.

Eine verdächtige Häufung von Zufällen.

Während die „Atlantique“ noch kaum in den Hafen von Cherbourg eingeschleppt worden ist und man weit davon entfernt ist, sich über die Ursache des Brandes im Klaren zu sein, ist bereits auf anderen Schiffen der französischen Handelsflotte Feuer ausgebrochen. Der 23 700 Bruttoregistertonnen große Ozeandampfer „France“, der im Hafen von Le Havre verankert liegt, ist in der Nacht zum Sonntag in Brand geraten. Wie bei der „Atlantique“ und beim „George-Philippa“ brach das Feuer in den Luxuskabinen 1. Klasse aus und verbreitete sich mit ungeheurer Geschwindigkeit über das ganze Deck. Die gesamte Feuerwehr von Le Havre wurde eingesetzt, um den Brand zu löschen, was ihr nur mit großen Schwierigkeiten gelang. Der größte Teil der Kabinen der ersten Klasse ist völlig ausgebrannt. Die Untersuchung über den Brand hat ergeben, daß dieser auf einen Kurzschluß zurückzuführen ist.

Der französische Ozeanpassagierdampfer „Angkor“ ist in Saigon mit nur einer Schraube eingetroffen. Das Schiff hat unterwegs die beiden anderen Schrauben verloren.

Es handelt sich dabei um keinen Sabotageakt — so wird offiziell bekanntgegeben.

Blutige Wahlversammlung in Irland.

In einer Wahlversammlung der Partei von Cosgrave kam es zu blutigen Zusammenstößen mit den Anhängern De Valeras. Auf beiden Seiten wurde geschossen. Etwa 30 Personen wurden dabei verletzt. Die Polizei machte dem Straßenkampf mit Gummiknüppeln ein Ende.

Die französische Kammer und der Senat treten am Dienstag wieder zusammen. Die kürzlich neugewählten Senatoren treten dabei ihre Tätigkeit an. Im Senat haben die Radikalsocialisten künftig 164 Sitze und damit die absolute Mehrheit.

Die Abschaffung der Strafkolonie wird französischen Zeitungsnachrichten zufolge, noch im Laufe dieses Jahres erfolgen. An Stelle der Strafkolonien in Guinea werden Gefängnisse in Frankreich treten. Außerdem wird die Todesstrafe nicht mehr, wie bisher, auf öffentlichen Plätzen ausgeführt werden.

Friede am Amazonas

Einstillen für 90 Tage ist zwischen den Regierungen von Peru und Kolumbien auf eine Anregung Brasiliens ein Waffenstillstand geschlossen worden. So wird es aus Lima (Peru) gemeldet. Die beiden Regierungen haben sich bereit erklärt, unter Leitung Brasiliens Verhandlungen über eine Revision des peruanisch-kolumbianischen Grenzvertrags zu führen.

Weshalb hat nicht der Völkerbund einen solchen Vertrag durchgesetzt?

Polizeikugeln gegen eine Demonstration in Italien.

In Monte San Giacomo bei Salerno (Italien) fand am Sonnabend eine große Kundgebung statt. Ein Demonstrationzug von etwa 300 Personen marschierte vor das Rathaus

der Nachbargemeinde. Es kam zu Zusammenstößen mit der Polizei. Angeblich griff die Menge die Polizisten mit Steinen an und verwundete zwei Carabinieri. Diese schossen und töteten drei Personen. Vier weitere wurden verletzt. Die Führer der Demonstration wurden verhaftet.

Terror in Litauen.

(Bericht eines litauischen Genossen.)

T. Der sozialdemokratische Genosse Kazlauskas starb am 30. Dezember 1932 in Kowno an den Folgen einer achtjährigen Zuchthausstrafe. Die Sozialdemokratische Partei, die Gewerkschaften und die Jugendorganisation „Ziezirba“ („Funke“) riefen die Arbeiterschaft zur Teilnahme an der Beerdigung auf. Mehr als 1000 Genossen folgten dem Aufruf und versammelten sich am 31. Dezember, um dem verstorbenen Genossen das letzte Geleit zu geben. Die Straßen in der Umgebung des Krankenhauses waren vorher bereits polizeilich abgesperrt worden, die Musikkapelle der Arbeiter wurde verhaftet. — Trotzdem konnte die Demonstration nicht verhindert werden. Vor dem Friedhof kam es zu schweren Zusammenstößen mit der Polizei. Mehrere Genossen wurden verwundet. Die Polizei verhaftete einige Demonstranten.

Das litauische Kriegsgericht verurteilte eine achtzehnjährige Kommunistin zu 9 Jahren Zuchthaus, weil sie am Grabe des Kindes eines Kommunisten eine Rede gehalten hatte, die dem faschistischen Regime Litauens mißfiel.

Aufbruch in Barcelona.

Am Sonntagabend kam es in Barcelona zu schweren Unruhen. Die Syndikalistischen und Kommunisten haben angeblich gemeinsam eine Infanteriekaserne und das Gebäude der Polizeidirektion gestürmt. Der gesamte Verkehr in der Stadt

betrachteten es vor dem Kriege sowohl national wie international als ihre ausschließliche Aufgabe, innerhalb des Rahmens der kapitalistischen Gesellschaft für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen der Berufsgenossen zu wirken. Sie kämpften für die Verbesserung der Löhne, für Verkürzung der Arbeitszeit, für soziale Maßnahmen zum Schutze der Arbeiter, aber alle anderen Fragen und ganz besonders die Frage der Kriegsbekämpfung wurden als politische Fragen betrachtet, mit denen die Gewerkschaftsbewegung sich nicht zu befassen habe, und deren Behandlung ausschließlich den politischen Parteien überlassen bleiben mußte. Als im Jahre 1905 die französische Gewerkschaftszentrale beim damals bestehenden Internationalen-Sekretariat den Antrag stellte, auf die Tagesordnung der folgenden internationalen Gewerkschaftskonferenz auch die Frage der Kriegsbekämpfung zu setzen, da hielt der Leiter des internationalen Gewerkschaftssekretariats unter allen angeschlossenen Organisationen eine Umfrage, um von ihnen zu erfahren, ob nach ihrer Meinung der Bitte der französischen Gewerkschaften Rechnung getragen werden solle. Mit einer einzigen Ausnahme beantworteten alle angeschlossenen Organisationen die Frage in verneinendem Sinne. Das Ersuchen der Franzosen wurde zurückgewiesen, und die Ablehnung wurde, besonders von den deutschen Gewerkschaften, folgendermaßen begründet:

„Internationale Konferenzen der gewerkschaftlichen Landessekretäre haben den Zweck, internationale gewerkschaftliche Beziehungen zu festigen und sollen nicht zu einem Diskutierklub werden, in dem theoretische Fragen erörtert werden.“

Ich stehe nicht an, zu wiederholen, was ich schon früher gesagt habe: Daß der Krieg im Jahre 1914 ausbrechen konnte, daran trägt die Gewerkschaftsbewegung dadurch, daß sie die Bekämpfung der Kriegsgefahr immer abgelehnt hatte, einen großen Teil der Schuld. Hätten sich die Gewerkschaften schon vor 1914 mit der Bekämpfung des Militarismus und der Kriegsgefahr befaßt, so hätten sie eine emsige Propaganda gegen den Krieg geführt und diese Propaganda vor allem in die Arbeiterschaft selber hineingetragen, vielleicht oder sogar wahrscheinlich wäre dann die geistige Einstellung der Arbeiter in den verschiedenen Ländern eine solche ge-

wesen, daß es sich die Machthaber doch ein klein wenig überlegt hätten, bevor sie die Kriegserklärung losließen, und jedenfalls wäre der völlige Zusammenbruch der internationalen Arbeiterbewegung beim Kriegsausbruch nicht möglich gewesen. In jedem Lande hätte es dann Tausende und Abertausende von Arbeitern gegeben, die sich geweigert hätten, der nationalen Fahne zu folgen und dafür die internationale Fahne im Stiche zu lassen. Aber ich wiederhole: die Arbeiterschaft in allen Ländern hat während der Jahre 1914, 1915, 1916, 1917, 1918 und in den Jahren, die auf den Weltkrieg folgten, schwer für ihre Unterlassungssünde gebüßt.

Was jedoch vor dem Kriege unterlassen wurde, und was erreicht worden wäre, das hat der Krieg selber vermocht. Dieselben Gewerkschaftler, die vor dem Kriege der Meinung waren, Bekämpfung des Militarismus und Kriegsbekämpfung seien rein politische Fragen, über die man allenfalls in der politischen Partei diskutieren könne aber nicht in der Gewerkschaftsbewegung, dieselben Gewerkschaften waren die ersten, die, als sie unmittelbar nach Kriegsende zum ersten Mal wieder zusammen kamen, als selbstverständlich beantragten und beschlossen, daß in Zukunft auf ihr Arbeitsprogramm die Bekämpfung von Militarismus und Kriegsgefahr als erster Punkt zu setzen sei. Zunächst waren es die Transportarbeiter, die auf ihrem ersten internationalen Kongresse in Oslo im März 1920 in einer Resolution, die keinen Zweifel über ihre Ansichten bestehen läßt, den Willen bekundeten, den Krieg mit allen Mitteln zu bekämpfen. Nach ihnen kamen die Bergarbeiter, die Metallarbeiter, und im November 1920 faßte auch der Internationale Gewerkschaftsbund, die Zusammenfassung der nationalen Gewerkschaftsverbände, ebenfalls eine Resolution, worin klipp und klar zum Ausdruck gebracht wurde, daß es Aufgabe der Gewerkschaften sei, den Krieg zu bekämpfen mit allen Mitteln, einschließlich des Mittels des internationalen Generalstreiks, und daß es Aufgabe der Organisationen sei, noch bevor die Gefahr drohe, durch eine fortgesetzte, systematische Propaganda die Arbeiterschaft mit einem anti-kriegerischen Geiste zu durchdringen, damit sie bereit und imstande sei, im Falle einer drohenden Kriegsgefahr die für den Kampf nötigen Opfer zu bringen. (Fortsetzung folgt.)

Weltfriede und Arbeiterbewegung.

Von Edo Fimmen,

Sekretär der Internationalen Transportarbeiter-Föderation.

II.

Zwei Jahre später kam dann der Augenblick, wo die Internationale die Beschlüsse von Stuttgart und Basel in die Tat umsetzen sollte. Wir wissen, daß die Zweite Internationale und die ihr angeschlossenen Parteien in den kritischen Tagen der Monate Juli und August 1914 noch viel jämmerlicher versagt haben, als die viel schwächere Internationale Arbeiter-Assoziation im Jahre 1870. In allen Ländern, sowohl in den Ländern, die in den Krieg hineingezogen wurden, als auch in den Ländern, welche aus politischen oder militärtechnischen Gründen neutral bleiben durften, wurde die Internationale vergessen und verleugnet. Die Arbeiter strömten zu den Fahnen des eigenen Landes, empfanden die Gemeinschaft mit der feindlichen Klasse im eigenen Lande als stärker, als die bisher immer betonte Gemeinschaft und Gesamtinteressen der Arbeiter aller Länder der international verbundenen kapitalistischen Klasse gegenüber. Die Arbeiter der zu der sozialistischen Internationale gehörenden Organisationen und Länder zogen gegeneinander in den Krieg, im Interesse der Herrschenden ihres Landes. Die Internationale wurde verraten. Vier Jahre Krieg haben die Arbeiter schwer büßen lassen für diesen Verrat. Millionen und Abermillionen sind auf den Schlachtfeldern gefallen, Millionen sind für ihr ganzes Leben verstümmelt aus dem Kriege heimgekehrt, Millionen von Männern, Frauen und Kindern sind daheim elend verkommen; unendliche Werte sind durch den Krieg vernichtet.

Die Verantwortung der Gewerkschaftskollegen.

Wenn trotzdem festgestellt werden muß, daß die politischen Parteien der Arbeiter die Notwendigkeit der Bekämpfung des Krieges wenigstens theoretisch erkannt haben, mit den Gewerkschaften stand es anders. Die Gewerkschaften

Zum neuen Arbeitsbeschaffungs-Geschwätz.

Rpt. Die Reichsregierung hat am 6. Januar die erwarteten Durchführungsbestimmungen für Arbeitsbeschaffung erlassen.

Die Bestimmungen entsprechen weitgehend den bereits mehrfach erfolgten Ankündigungen über das 500-Millionen-Programm. Wichtig ist, daß die Arbeiten sich vorwiegend auf Instandsetzung, Verbesserung und Vollendung vorhandener Anlagen erstrecken sollen. Bei Einhaltung dieser Bestimmung hat der Unfug ein Ende, daß zur Arbeitsbeschaffung eine neue Straße, eine neue Brücke gebaut wird, während daneben eine alte Straße, eine alte Brücke verfallen, weil es an Mitteln zur Instandsetzung fehlt.

Im wesentlichen sollen offenbar die Gemeinden zur Arbeitsbeschaffung Schulden machen und die Träger der Arbeiten sein. Doch sollen die Arbeiten grundsätzlich nicht in öffentlicher Regie geleistet werden. Sie sollen an Unternehmer vergeben werden. Diese erhalten dadurch bekanntlich die Möglichkeit, Steuergutscheine wegen Mehrbeschäftigung von Arbeitern zu ergattern. Nach § 5 der neuen Bestimmungen soll diese Zuteilung von Steuergutscheinen bei der Preisgestaltung „berücksichtigt“ werden. Ob diese „Berücksichtigung“ so weit gehen soll, daß den Unternehmern aus der Zuteilung von Steuergutscheinen bei öffentlichen Aufträgen kein Vorteil erwächst, wird nicht gesagt und ist wohl auch nicht beabsichtigt.

Von Steuergutscheinen, die als Sicherheit für die Finanzierung des Arbeitsbeschaffungsprogramms hinterlegt werden sollen, ist in den neuen Bestimmungen nicht die Rede. Doch soll es offenbar dabei bleiben, daß von den 700 Millionen Mark Steuergutscheinen, die ursprünglich als Einstellungsprämien für Arbeitgeber bestimmt waren, 500 Millionen Mark abgezweigt werden; sie sollen zum Teil bei der Gesellschaft für öffentliche Arbeiten (Öffa), zum Teil bei der Rentenbank-Kreditanstalt hinterlegt werden.

Um das 500-Millionen-Mark-Arbeitsbeschaffungsprogramm ist furchtbar viel geredet und geschrieben worden; der Schäferhund hat sich in Presse und Rundfunk wirklich „getummelt“. Was bedeutet es?

Wir erinnern: Viel war auch unter der Regierung P a p e n die Rede von öffentlicher Arbeitsbeschaffung. Fast jeden Tag wurden neue Mitteilungen herausgegeben; das eine Mal über Wohnungsbauten, das andere Mal über Meliorationen, das dritte Mal über den Rügendamm, das vierte Mal über das Abwracken von Schiffen und den Bau von Heringsloggern. Was ist außer viel Geschwätz und viel bedrucktem Papier dabei herausgekommen? Wieviel Arbeit ist bisher „beschafft“ worden? Nach einer Berechnung der „Frankfurter Zeitung“ ist unter der Regierung P a p e n — abgesehen von den Reichsbahn- und Reichspost-Aufträgen an die Industrie — ein Arbeitsbeschaffungsprogramm in Höhe von 207 Millionen Mark beschlossen worden; davon wurde bis Ende 1932 ein Zehntel, also rund 20 Millionen Mark, bewilligt. 20 Millionen Mark, das ist ein Aohthundertstel der Ausgaben der öffentlichen Körperschaften im Jahre 1932! Fürwahr:

Bei der öffentlichen Arbeitsbeschaffung unter P a p e n hat es sich um nichts als Geschwätz gehandelt. Dieses Geschwätz war wichtig, außerordentlich wichtig. Denn es diente zur Ablenkung.

Es diente dazu, gläubige Staatsbürger über die Tatkraft der Regierung zu beruhigen. Diese Tatkraft war vorhanden! Nur richtete sie sich auf die Erhaltung feudaler und kapitalistischer Herren. Für die Beschaffung von Arbeit blieb nur Schreib- und Sprechkraft übrig.

Lassen wir uns durch die Ziffer 500 000 000 Mark nicht blenden! Bei dem neuesten Arbeitsbeschaffungsprogramm handelt es sich im Grunde nur um folgendes:

1. Den Gemeinden sind seit Beginn der Wirtschaftskrise außerordentlich hohe Lasten zur Unterstützung von Erwerbslosen aufgeladen worden; gleichzeitig erhielten sie vom Reich

geringere Steuermittel als vordem. Die Gemeinden können infolgedessen wichtige Instandsetzungsarbeiten nicht aus eigenen Mitteln finanzieren. Das Reich hilft ihnen jetzt dazu, daß sie die notwendigen Summen, die es selber ihnen vorhalten hat, leihen können. Die Gemeinden werden dafür sorgen, daß bei den nun nachzuholenden Instandsetzungsarbeiten in erster Linie Wohlfahrtserwerbslose beschäftigt

werden. Dadurch wird ihre Finanzlage zunächst erleichtert. Später wird die Schuldentilgung sie um so mehr drücken!

2. Bei dem Arbeitsbeschaffungsverfahren werden Beamte an fünf Stellen beschäftigt. Ueber die Verteilung der Mittel entscheiden nämlich im trauten Verein fünf Instanzen: die Gemeinden, die Landesbehörde, das Landesarbeitsamt, die Öffa und der Schäferhund, genannt Arbeitsbeschaffungskommissar.

Kurz: Es handelt sich auch dieses Mal in erster Linie um Arbeitsbeschaffungsgeschwätz.

„Deutscher Arbeitsdienst.“

Wohl um einem „dringenden Bedürfnis“ abzuhelfen, erscheint seit zwei Jahren halbmonatlich die Zeitschrift „Deutscher Arbeitsdienst“, deren erstes Januarheft 1933 uns vorliegt. In diesem Heft nehmen „führende Persönlichkeiten der im Arbeitsdienst tätigen Fachverbände und politischen Organisationen aller Richtungen“ Stellung zum freiwilligen Arbeitsdienst, wovon uns jedoch eigentlich nur derjenige des Leiters des „Sozialen Dienstes“ interessiert, die wir anschließend abdrucken. Sonst enthält das Heft nichts, was die Existenzberechtigung der Zeitschrift schlüssig beweisen könnte. Preis jährlich 9,60 Mark! Zu beziehen vom Verlag „Deutscher Arbeitsdienst“ (Bremen).

Die freien Gewerkschaften und republikanischen Verbände zum Arbeitsdienst.

Die Organisationen der sozialistischen Arbeiterbewegung beteiligen sich aktiv am freiwilligen Arbeitsdienst um seiner sozialpädagogischen Wirkungsmöglichkeiten willen. Die Praxis hat im übrigen bewiesen, daß der freiwillige Arbeitsdienst vom ökonomischen Standpunkt aus durchaus problematisch bleibt. Dennoch ist die Arbeiterbewegung bereit, alle Wege, auch den des freiwilligen Arbeitsdienstes zu gehen, um den vollständigen Verfall der Lebens- und Arbeitskraft der erwerbslosen Jugend zu verhüten. Der freiwillige Arbeitsdienst ist ein Notbehelf. Die wichtigste Aufgabe bleibt: Durch einen strukturellen Umbau des gesellschaftlichen Ganzen der erwerbslosen Jugend den Weg frei zu legen für

ihre Wachstum und ihren Gestaltungswillen. Ich halte es durchaus für eine ideologische Uebersteigerung, wenn man im Arbeitsdienst Möglichkeiten für die Schaffung einer „neuen Volksordnung“ erblickt.

Eine Arbeitsdienstpflicht lehnen die sozialistischen Arbeiter — im Einklang mit der deutschen Tradition der Selbstverwaltung und im besonderen mit dem Freiherrn vom Stein — mit aller Schärfe ab. Wir hoffen, daß sich Deutschland noch nicht soweit selbst entfremdet hat, daß es sich den Balkan zum Beispiel nimmt. Im Zuge dieser Auffassung bekämpfen wir alle Versuche zu einer Militarisation des Arbeitsdienstes und fordern eine Kontrolle der Arbeitslager in bezug auf ihre sozialpädagogischen Ausgestaltung. Ein deutscher Arbeitsdienst ist nur möglich in den Formen der Selbstverwaltung und Selbstverantwortung der Verbände. Allerdings ist es notwendig, alle diejenigen Verbände vom freiwilligen Arbeitsdienst auszuschließen, die die erwerbslose Jugend nicht repräsentieren.

Inhalt und Form der gegenwärtigen Führerschulung fordert zum Teil zu schärfster Kritik heraus. Eine einheitliche Gestaltung der Führerschulung in sozialpädagogischer Hinsicht ist zur Zeit eine der dringendsten Aufgaben.

Die Organisationen der Arbeiterbewegung sind in den Arbeitsgemeinschaften des „Sozialen Dienstes“ zusammengeschlossen. Zur Zeit sind etwa 30 000 junge Erwerbslose von den Hilfsmaßnahmen des „Sozialen Dienstes“ erfaßt.

Dr. Walter Pahl, Leiter des „Sozialen Dienstes“.

Reichsarbeitsgemeinschaft der „Dienstträgerverbände“.

Am 7. Januar haben sich sämtliche großen Verbände, die „Träger des Dienstes“ im Freiwilligen Arbeitsdienst sind, das heißt in eigenen Lagern Arbeiten im Auftrage anderer durchführen, zu einer „Reichsarbeitsgemeinschaft der Dienstträger-Verbände“ zusammengeschlossen. Das Ziel dieser Arbeitsgemeinschaft ist der „planmäßige Ausbau des Arbeitsdienstes in Verbindung mit dem Reichskommissar“. Der „Reichsarbeitsgemeinschaft der Dienstträger-Verbände“ gehören unter anderem folgende größeren Organisationen an: Stahlhelm, Jungdeutscher Orden, der nationalsozialistische Verein für Umschulung, der Soziale Dienst, die evangelische Zentralorganisation für den FAD, das Katholische Heimatwerk, der DHV, die Technische Nothilfe, die Deutsche Turnerschaft, der Reichsbund für Arbeitsdienst und die Deutsche Studentenschaft.

Die Zusammensetzung dieser „Arbeitsgemeinschaft“, der sich leider auch der „Soziale Dienst“ angeschlossen hat, läßt nichts gutes ahnen für die Arbeit, die dort geleistet werden wird. Es ist ein weiterer Schritt in Richtung der verhängnisvollen Entwicklung zur systematischen Militarisation der deutschen Jugend durch „Erfassung“ im FAD. Dazu dürfte sich der freigewerkschaftliche „Soziale Dienst“ nicht hergeben, zumal es sich angeblich um ein völlig freiwilliges Unternehmen handelt und also die Zugehörigkeit zur Reichsarbeitsgemeinschaft nicht etwa Vorbedingung der Zulassung einer Organisation als „Träger des Dienstes“ ist. In der nationalen Presse wird auch bereits triumphierend mitgeteilt,

daß dieser Zusammenschluß „seine große Bedeutung vor allen Dingen darin“ habe, „daß über politische und weltanschauliche Unterschiede hinweg seit der Revolution von 1918 . . . zum ersten Mal eine gemeinsame Front der Bünde . . . zustande gekommen“ sei! Damit begeben sich also offiziell die beteiligten proletarischen Organisationen vom Boden des Klassenkampfes auf den der „Volksgemeinschaft“ mit der herrschenden Klasse der Ausbeuter!

Die öffentlichen Versammlungen des ISK.

Berlin: Dienstag, 10. Januar, 20 Uhr, in Haverlands Festsälen, Neue Friedrichstraße 35, (Nähe Alexanderplatz). Thema: Die Kriegsgefahr wächst. Betriebskollegen an die Abwehrfront! Redner: Gustav Heckmann. Freie Aussprache. Eintritt 20 Pfennig. Erwerbslose 10 Pfennig.

Hamburg: Donnerstag, 12. Januar, 20.15 Uhr, Volkshaus, Sachsenstraße 21. Thema: Kampf dem Schleicher-Kurs! Redner: Erna Mros (Essen).

Verantwortl. Schriftleiter: Willi Eichler. Berlin Anzeigen: R. Lipmann. Berlin. Verl.: Internationale Verlagsanstalt GmbH. Berlin SW 19. Inselstr. 8a. Tel.: P 7 Jannowitz 5909 Druck A. Janiszewski Buchdruckerei und Verlag GmbH Berlin SO 36 Elisabethufer 28/29

BRUNO GLUCHOWSKI
H **HOHLEN-KULIS**
REVOLTE AN DER RUHR (52)
COPYRIGHT 1932 BY FACKELREITER-VERLAG G.M.B.H., BERLIN W 19

Salbungsvolle Worte werden gesprochen, triefen von Mitgefühl für die trauernden Hinterbliebenen und von „ehrlichem Schmerz um die braven Knappen, die fern von ihren Lieben im dunklen Schoß der Erde einen jähen Tod fanden in der Blüte ihrer Jahre und auf dem Höhepunkt ihrer Schaffenskraft“. Alle Redner: Oberbürgermeister, Parlamentarier, Reichs- und Staatsminister, Bergwerksdirektoren und geistliche Würdenträger geloben feierlich, alles einzusetzen für das Wohl der Bergarbeiter und den trauernden Hinterbliebenen nach besten Kräften zu helfen. Leere Worte sind es, die schnell im Winde verwehen und von dem Weinen der nach Hunderten zählenden nächsten Angehörigen der Toten über-tönt werden. Vor dem Zechentor wird Murren und höhnisches Zurufen laut.

Die Kapelle intoniert den Chopinschen Trauermarsch, stärker wird das Weinen und Schluchzen. 44 schwarzverhängte Wagen, mit je 4 Särgen darauf, fahren zum Zechentor hinaus, zu beiden Seiten flankiert von Knappen in ihrer altertümlichen Tracht. Unter Trauerklängen bewegt sich der endlose Leichenzug zum Friedhof, aller Häupter entblößen sich beim Anblick der Unmasse von Särgen. In ein Massengrab werden sie getragen, Frauen und auch Männer brechen ohnmächtig zusammen beim letzten Abschied von den geliebten Toten. Ein Krankenfahrzeug, von zwei jungen Männern geschoben, kommt den Hauptweg des Friedhofes heraufzufahren, hält vor der Masse der Trauernden. Ein weißhaariger Mann in noch jungen Jahren steigt heraus, begibt sich, von seinen beiden Kameraden gestützt, die Stufen herunter, die in das Massengrab mit den acht Reihen von Särgen führen. Für einen Moment schauen die Menschen auf. Staunen im Blick.

Der dort unten zwischen den toten Kumpels einhergeht und auf jeden Sarg eine rote Rose legt, ist Günther Gerling, der Bergarbeiterdichter. Aus dem Krankenhause hat er sich beurlauben lassen, nimmt jetzt Abschied von seinen toten Kumpels. An jedem Sarg verharrt er einige Sekunden, bewegt seine Lippen wie in einem Zwiegespräch mit dem Toten. Als er an den Sarg Ladewigs kommt, neben dem die der anderen 28 Toten stehen, die am Gesenkschacht ihr Leben ausgehaucht haben, übermannt ihn die Erinnerung an die furchtbaren, dort verlebten Stunden. Tränen quellen aus seinen Augen, sein weißes Haar flattert im Winde. Günther Gerling hält seinen Kumpels die Leichenrede:

„Kumpels, liebe, treue Kumpels, die ihr nun von uns gegangen seid für immer. Gemeinsam haben wir geschafft in der Grube, gemeinsam haben wir Freud und Leid geteilt; gemeinsam seid ihr gestorben, dahingerafft von einem Tode, den keiner sich vorstellen kann, der ihm nicht Auge in Auge gegenübergestanden hat. Ihr wart treu, ihr habt euer Leben einer für den anderen eingesetzt, ihr wart eines besseren Lebens und eines besseren Todes würdig. Wir, die wir euch überlebt haben, wir tragen die größte Trauer um euch im Herzen, denn wir haben euch gekannt, wie ihr in der Grube wart, in jenem Gebiet, in dem einer auf den anderen gestellt ist. Wir haben eure Schmerzen erlitten, wir haben eure Demütigungen ertragen, wir waren stets Kumpels, einer für alle, alle für einen. Wir werden euch niemals vergessen und in unseren Herzen wird das Andenken an euch nicht verlöschen. Eine Pflicht euch gegenüber ist uns erwachsen, euer Vermächtnis gilt es zu erfüllen. Wir Kumpels, die wir vom schwarzen Tod verschont worden sind, wir Ueberlebenden geloben in dieser Stunde, alles einzusetzen, daß euer Sterben nicht vergebens war, daß aus euren Gräben hervorsprießt die Saat, der Keim zu einem besseren Leben, zu besseren Bergarbeiterverhältnissen. Unsere Lösung wird sein: Kampf, und nochmals Kampf für die Erfüllung der Forderungen des Kumpels, damit ein solches Massensterben in Zukunft unmöglich sein wird. Wir sprechen keine leeren Worte, wir werden unser Versprechen in die Tat umsetzen, und das recht bald. Dann werden die Kumpels wieder in die Gruben

einfahren, nicht als vorsklavtes, geknechtetes Arbeitsvieh, sondern als freie Arbeiter, deren Beruf man die Achtung entgegenbringt, die ihm gebührt. Wir scheiden von euch, Trägern im Auge, im Herzen die Trauer, vergessen aber werden wir euch nie!“

Diese Worte rühren an die Herzen der Trauernden, wirken mehr als alle Reden der prominenten Teilnehmer der Trauerfeierlichkeiten auf dem Zechenplatz. Aller Augen richten sich auf den Kumpel mit dem weißen Haar, den blauen hageren Gesichtszügen und den dunklen Augen. Erschöpft lehnt der sich gegen den Sarg Ladewigs, sinkt dann zusammen. Sanitäter springen hinzu, bringen ihn fort. Er ist der 177. Tote von Westfalia. Die Masse der Angehörigen zerstreut sich langsam, ein einziges Trauerhaus ist heute die Kolonie Annendorf. Schnee fällt in dichten Flocken auf das Massengrab, der erste Schnee des Winters. Die Natur entbietet den toten Kumpels ihren letzten Gruß.

Unablässig kreisen die Seilscheiben, hallen Signale zum Maschinenhaus, rollen Kohlenwagen zur Kippe. 176 Bergleute wurden begraben, keinen Augenblick stockte darum auf den anderen Zechen die Förderung. Kohlen werden auf den Halden zu Haufen gekippt, zehn Millionen Tonnen lagern auf den Zechenplätzen. In ihren Barackenwohnungen zittern die erwerbslosen Kumpels vor Kälte, weil sie sich keine Kohlen kaufen können, und auf den Zechenhalden werden die aufgetürmten Kohlen immer wertloser. Die Hungerpeitsche schwebt über dem Ruhrgebiet, in ihren Gruben schufteten die Kumpels für erbärmlichen Lohn. Nicht lange mehr werden sie niedergedrückt leben, dann werden sie sich erheben mit den anderen Arbeitern, um sich ein freies Deutschland zu schaffen, in dem jeder von der Arbeit seiner Hände oder seines Kopfes leben kann.

Dann werden alle Seilscheiben wieder kreisen im Ruhrgebiet, dann werden alle Kumpels wieder in die Gruben einfahren, dann wird ein machtvoller Sang das Ruhrgebiet durchbrausen: Kohle, schafft Kohle, für alle!

— Ende. —

Noch immer Lohnabbau.

Das Lohnabkommen mit den Metallarbeitervereinigungen von Mainz, Wiesbaden und dem Rheingau wurde vom Arbeitgeberverband zum 31. Januar 1933 gekündigt. In den nächsten Tagen finden Verhandlungen über Neuabschluss eines Tarifes statt.

In der niederrheinischen Mineralbrunnen-Industrie wurde der Lohntarif von den Vereinigten Arbeitgeberverbänden gekündigt. Die Arbeiter dieser Industrie gehören mit zu den schlechtestbezahlten im Regierungsbezirk Koblenz. Familienväter verdienen wöchentlich 15 bis 16 Mark, sodaß ihnen nach Abzug der Beiträge zur Sozialversicherung weniger als den Empfängern von Wohlfahrtsunterstützung verbleibt! Trotzdem wagen es die Unternehmer, ab 1. Februar einen weiteren

Lohnabbau von 15 Prozent zu fordern! Unter diesen Umständen ist ein Streik sicher der einzige Ausweg. Streikbrecher werden sich kaum finden.

In der Textilindustrie von München-Gladbach und Rheydt wurde der Lohn- und Manteltarif gekündigt. Ebenso haben die Unternehmer der niederrheinischen Seidenindustrie das Lohn- und Mantelabkommen gekündigt. Die Arbeiterverbände haben dagegen das Arbeitszeitabkommen gekündigt. Von den Tarifkündigungen werden ungefähr 35 000 Arbeiter betroffen!

Die Steinarbeiterlöhne in der Provinz Oberhessen, den Kreisen Marburg und Fulda und den angrenzenden Gebieten wurden vom Unternehmerverband zum 31. Januar gekündigt, obwohl sie schon jetzt als Elendslöhne bezeichnet werden müssen. Zur Zeit erhält ein gelernter Betriebsarbeiter 59 Pfennige, ein Steinbrucharbeiter 52 Pfennige und ein Arbeiter über 20 Jahren 49 Pfennige Stundenlohn.

Die Generäle der Republik.

Unter dem Vorsitz von Heinrich Mann veranstaltete am vergangenen Freitag die „Deutsche Liga für Menschenrechte“ einen Sonderabend über das Thema „Die Generäle der Republik“.

Der Vortragende war der linksradikale Publizist Wilhelm Herzog. Das Thema des Abends wurde auf der Einladungskarte mit dem Untertitel „Eine historische Parallele“ näher charakterisiert. Herzog zog die Parallele kaum, er deutete nur an, er sprach sozusagen zwischen den Zeilen. Doch jeder fühlte, daß die Generäle der französischen Republik zur Zeit der Dreyfus-Affäre aus demselben Holze geschnitten waren wie die Generäle eines „autoritären“ Deutschland vom Jahre 1933. Der Name Schleicher wurde nicht ausgesprochen. Es war auch kaum nötig, denn er drängte sich fast automatisch ins Bewußtsein.

Der Fall Dreyfus erschütterte Frankreich bis in seine Grundfesten und trieb es beinahe in den Bürgerkrieg.

Herzog wandte sich gegen den billigen Aberglauben, daß die Offiziere des damaligen Generalstabs alle Bösewichter und Halunken waren. Die meisten von ihnen waren von der Spionage-Schuld des jüdischen Hauptmanns Dreyfus ehrlich überzeugt. Er war ein Verräter, der die heiligen Interessen des Vaterlandes, der Nation verletzt hatte. Der Feind im Innern war für sie noch gefährlicher als der äußere. Jeder Offizier hielt es für seine Pflicht, den Frevler unschädlich zu machen. Die Tradition, die Erziehung, die ganze Laufbahn dieser Kaste bestimmte ihre Pflichtauffassung. Unumstößlich war für die Offiziere aller Welt der Satz des preussischen Militärs von Clausewitz: „Der Krieg ist die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln.“ Der Frieden ist im Grunde nur eine Gefechtspause und dient lediglich der Vorbereitung neuer kriegerischer Aktionen. Der deutsche Attaché besaß die kühne Frechheit, die deutsche Spitzelzentrale nach Paris zu verlegen und selber zu überwachen. Jedes Feilscherkunststück, das den Gegner irreführte, war recht. Und da wagte es nun ein Romanschriftsteller namens Zola, in einem wüsten Pamphlet die Elite der Nation, die Wächter des Vaterlandes, anzugreifen! Das war ein Ethiker, der einen massiven und doch abgewogenen Frontalangriff gegen die Militärs geführt hatte.

Offiziere sind geschmeidige, anpassungsfähige Taktiker. Sie dienen dem Monarchen, sie — jedenfalls ein Teil von ihnen — dienen aber ebenso einer Republik. (In der Sowjet-Union haben sich eine Reihe aristokratischer, zaristischer Offiziere der Roten Armee zur Verfügung gestellt und sich vortrefflich bewährt.) Nur energische Politiker können diese Militärs bändigen, deren Handwerk der Krieg ist, deren ganzes Sinnen und Trachten auf die Erfüllung dieses fragwürdigen Berufes gerichtet ist.

Im Schlußappell, der von Heinrich Mann unterstrichen wurde, rief Herzog die Republikaner auf, sich endlich zu Taten aufzurufen. Der „Pflicht“ der Generäle, den Krieg zu propagieren, gilt es, die Pflicht der Republikaner entgegenzusetzen, den Frieden zu sichern.

Der Vortrag fand bei den Zuhörern starken Widerhall. Nur schade, daß wenige Arbeiter anwesend waren. Denn die Armeen des klassenbewußten Proletariats sind kraft ihrer Organisationen fast einzig und allein in der Lage, der Achtung des Krieges die Achtung zu erzwingen. Lpp.

Wieder Lebensmittelraub in Berlin.

Am Sonnabend wurde in der Muskauer Straße in Berlin in den Abendstunden ein Lebensmittelgeschäft geplündert. Sechs bis acht junge Burschen stahlen eine größere Menge Wurstwaren. Die Täter entkamen.

Ausdehnung des Textilarbeiterstreiks in Nordfrankreich.

Die streikenden Textilarbeiter von Armentières hatten am Sonntag zu einer Massenkundgebung aufgerufen, an der sich etwa 6000 Streikende beteiligten. Von Lille waren zwei Eisenbahnzüge mit Gendarmerie nach Armentières entsandt worden, um für die Aufrechterhaltung der „Ruhe und Ordnung“ zu sorgen. Die Kundgebung verlief ohne Zwischenfälle.

Die Streikbewegung hat sich weiter ausgedehnt und umfaßt jetzt auch mehrere Spinnereien von Houplines.

Der Lohnabbau bei der GEG in Hamburg ist nicht nur mit Stimmengleichheit, sondern insgesamt sogar mit einer Zweidrittelmehrheit abgelehnt worden. Die von uns berichtete Stimmengleichheit bezog sich nur auf einen Betrieb.

Kleine Ursachen — große Wirkungen.

Am Sonnabend entstand im Elektrizitätswerk von Hamburg zur Nachtzeit eine schwere Störung, durch die mehrere Hamburger Stadtteile, vor allem Rothenburgsort und Veddel, zum Teil auch Hohenfelde und St. Georg in tiefe Dunkelheit versetzt wurden. Erst nach längerer Zeit gelang es, die Stromverbindungen soweit wieder herzustellen, daß die im Dunkeln liegenden Stadtteile wieder mit Strom beliefert werden konnten. Die Ursache der Störung scheint ein auf ungeklärte Weise entstandener Turbinenbrand in dem Elektrizitätswerk Neuhof gewesen zu sein, durch den später auch Oelrückstände entzündet wurden. So haben „kleine Ursachen“ oft größere Wirkung als manche politische Massenaktion. Ein Schaden an einer Maschine kann eventuell ganze Stadtteile in Dunkelheit versetzen oder große Betriebe lahmlegen.

In Moskau tagt seit Sonnabend unter Stalins Vorsitz in außerordentlicher Sitzung das Zentralkomitee und die Zentralkommission der KPR. Das Interesse zu einer innerpolitischen Entspannung und zum Frieden mit den Bauern zu kommen, wird diese außerordentliche Tagung beherrschen. Der Friedensschluß im Innern wird für die russischen Genossen auch über die andere aktuelle Frage entscheiden: wie weit die Sowjet-Union sich der ersten außerpolitischen Bedrohungen widersetzen können, die bei Wladwostok aufzüngeln.

1,90 Mark Wohlfahrtsunterstützung

erhält ab 1. Januar 1933 ein lediger Erwerbsloser in Kattowitz. Eine Familie von sieben Köpfen erhält nach den neuen Sätzen 30 Zloty, das sind 14,30 Mark die Woche.

Macht Schluß mit der gegenseitigen Verhetzung.

W. F. In Köln fand am Sonntag eine eindrucksvolle Demonstration der Kommunistischen Partei statt. Mit diszipliniertem Ernst marschierten die Arbeiterbataillone durch die Straßen Kölns, die vor wenigen Tagen eine klägliche Demonstration der Braunhemden gesehen hatten.

In der Kundgebung, die hinterher in der Rheinlandhalle stattfand, sprach Wilhelm Pinnecke. Er rüttelte die Massen auf zur Aufmerksamkeit gegenüber der drohenden Kriegsgefahr in Mitteleuropa. In Amerika, im Fernen Osten wütet ja schon der Krieg. Für den sozialistischen Befreiungskampf wenig förderlich waren die nationalistischen Phrasen „zum 10-jährigen Gedenktage des Ruhreimarsches der Franzosen“, „gegen das Versailler Diktat“, „gegen die soziale und nationale Sklaverei des Versailler Systems“ und ähnlich. Man kann dem Sozialdemokraten Scheidemann vieles vorwerfen; aber ihm vorzuwerfen, daß sein Parteigenosse den Versailler Vertrag unterzeichnet hat, sollte man den Nazis überlassen; davon sollte ein Kommunist schweigen, dessen großer Genosse Lenin so klug war, zur Beendigung des mörderischen Krieges das tolle Brest-Litowsker „Raubdiktat“ anzunehmen.

Adolf Koch kuscht nicht vor dem Muckertum.

Wie Adolf Koch mitteilt, wird die Körperkulturschule trotz der Verfügung vom 27. Dezember 1932 in unveränderter Form weitergeführt. Anscheinend ist eine gewaltsame Schließung der Schule auch nicht geplant, da dazu

die rechtlichen Unterlagen fehlen.

Nur auf dem Umweg über die Steuerbehörden sucht man jetzt die Schulleitung zu schikanieren und den Betrieb durch Pfändungen wegen angeblich noch nicht bezahlter Lustbarkeitssteuer (!), für eine wissenschaftliche Veranstaltung lahm zu legen, obgleich bereits einige Raten von dieser unberechtigten Steuer bezahlt wurden und die volle Bezahlung schriftlich zugesagt wurde. — Die Gymnastikabteilung im Stadtbad Berlin-Mitte sowie die Badeabende Freitags werden von der Verbotsvorgabe nicht betroffen und gehen ebenfalls unverändert weiter.

Feinbesohl-Anstalt
und Schuhfärberei
HANS SACHS
Berlin SW / Dresdener Straße 111
garantiert für erstklassige Arbeit

Nähmaschinen
Reparaturen / Reinigung
Ersatzteile
gut schnell billig
EUGEN GEHM
Frankfurt a. M. - Niederwall
Engelsplatz 12

Sonnenblumen-Öl
kalt abgepreßt, daher vollwertiger. Bestes Speiseöl für Salate, zum Braten, Backen usw., milder Geschmack.

Oberbänderstoffe,
Tricoline, Flanelle, Oxfords
günstige Posten Maccotuch
kauft man gut und billig bei
Kurt Levy, Berlin O112
Scharnweberstr. 16/17.

5-kg-Kanne 5,50 RM ab hier.
Kanne 1,— RM Pfand.
Frischkost-Reformhaus
Magdeburg
Otto v. Guerickestr. 104.

Maßarbeit **erstklassig und billig**
Herren - Anzüge, Mäntel, Damen-
Kostüme, Aufbügeln und Reparaturen
Alfred Arensberg
Berlin-Reinickendorf-Ost
Hinter der Dorf-Aue 14

C. Lotze
Göttingen
Johannisstr. 2

Bürobedarfsartikel
Reparaturen und Reinigung
von Schreibmaschinen
A. H. Timmermann
Hamburg 35, Luisenweg 61 III.

Freunde
und Leser des
„Funke“!
Unterstützt
EURO
Zeitung!
Wert Abonnenten
Sammelt Anzeigen
Beworben bei Einzelnen
unserer Leserschaft

Butter
Käse, Eier
Landbrot

Anfertigung eleganter
Damengarderobe
und
Reformkleidung
J. Fürchtenicht
Göttingen, Nikolausberger Weg 87.

Jeder Tierschützer lese
unsere Schriften über das Jagdvergnügen.
Ist die Jagd ein edles Vergnügen? Flugblatt, kostenfrei
Die Verwerflichkeit des Jagdvergnügens,
insbesondere der Hetzjagden. Von Magnus Schwantje.
Rede auf dem internationalen Tierschutz-Kongress in
Kopenhagen im Juli 1911. 28 Seiten. 60 Pf. — Die ein-
zigste deutsche Schrift, die gründlich über die bei der
Jagd millionenfach verübten Tierquälereien berichtet und
Mittel zu ihrer Bekämpfung vorschlägt. Sie weist nach,
daß bei der Jagd ebenso grauenhafte Tierquälereien
massenhaft verübt werden wie bei der Schächtung.
BUND FÜR RADIKALE ETHIK, E. V., BERLIN W 15,
Düsseldorfer Straße 23. — Postcheckkonto Nummer 567 71 Berlin

Sprechapparate
Koffer + Schatullen + Schränke
Schallplatten
für Konzert u. Unterhaltung in allen Preislagen
Verlangen Sie Angebot!
OTTO PFOTENHAUER
Weimar, Röhrstraße 40

Warum werfen Sie Ihr Geld weg
für minderwertige Konfektionskleidung?
Sie erhalten bei mir z. B. eine Knickerbockerhose nach
ihren Maßen und genauesten Wünschen, von besserem
Stoff und besser verarbeitet, für fast dasselbe Geld.
Rudolf Schönheit
Herren- und Damen-Maßschneiderei
Magdeburg, jetzt Johannisbergstr. 10 III

Reparaturen von elektrischen Bügeleisen,
Klingelanlagen usw. **Spezialität:**
Anfertigung
mod. Tisch- u. Nachttischlampen
G. Funke
Elektrotechniker
GÖTTINGEN / Judenstraße 3, III.

ISK
HANS LEHNERT:
Der Umbau des deutschen
Reiches.
HELLMUT RAUSCHENPLAT:
Die ökonomischen
Forderungen des ISK.
Deng Yen-Da.
(Dem Andenken eines chinesischen
Revolutionärsführers!)

BERLIN
KAMERA
Unter den Linden 14 - A1 Jäger 2987
Seit 4. Januar: **Amerika von heute**
Heinrich Hauser-Film
Chicago, die Weltstadt in Fliegerjahren.
Der Unterweltfilm
Straßen der Weltstadt
mit Sylvia Sydney u. Gary Cooper.
Anlaßzeiten: 18, 17, 19 und 21 Uhr

Von der Kunst,
zu philosophieren.
Von Leonard Nelson.
85 Seiten. Geheftet 0,45 Mark.
Sonderdruck aus der seit langem vergriffenen Schrift:
„Die Reformation der Philosophie durch die Kritik der Vernunft.“

„Wie alle Arbeiten Nelsons zeichnet sich auch diese durch
vortreffliche Klarheit und Schärfe der Gedanken aus. ... An
dem Buche darf keiner, der sich für philosophische Fragen
interessiert, vorbeigehen.“
„Wissenschaftlich-pädagogische Rundschau“ Nr. 41.
„Ein Buch, gerade auch für Arbeiter.
Die einfache und klare Sprache macht das Buch für jeden
Arbeiter verständlich. Das Buch enthält keine für den Ar-
beiter unverständlichen „Professorenweisheiten“, sondern jeder
Gedanke wird klar entwickelt.“
„Der Funke“ Nr. 86.
Verlag „Öffentliches Leben“ Berlin SW 19, Inselstr. 8a.
Postcheckkonto Berlin 818 42.

Hitler, Freund der Mörder.

Gegen die SPD, Bezirk Ostachsen, ist auf Antrag Hitlers eine einstweilige Verfügung erlassen worden; der SPD wird untersagt, die Broschüre „Feme über Dresden. Ist Hitler mitschuldig?“ zu verbreiten und öffentlich in Druck oder Schrift die Behauptung aufzustellen, der Antragsteller Hitler sei der intellektuelle Urheber des Mordes an Herbert Hentsch in Dresden, er habe die Zusammenhänge des Falles Hentsch gekannt und gewußt, daß Hentsch der Feme seiner Partei zum Opfer gefallen sei.

Es mag vorläufig dahingestellt sein, wie weit Hitler um die Dresdener Feme gewußt hat. Es steht jedenfalls fest, nicht nur, daß er notorische Fememörder an prominenter Stelle seiner Partei duldet. Es steht überdies fest, daß er sich oft und eindeutig mit Mördern solidarisch gezeigt hat, wenn diese seine Parteigenossen waren. In aller Erinnerung ist noch die Sympathieerklärung mit den Mördern von Pöttempa. Weniger bekannt ist die Tatsache, daß Hitler die Kosten des Prozesses gegen die Mörder des Hamburger Kommunisten Hennig (ermordet im März 1931 „aus Eigenem“ getragen hat — „aus Mitleid mit den verirrten Parteigenossen“). Wir erinnern auch an den Brief, den ein prominenter schlesischer Nazi-Führer, von Oberritz nach dem Bombenattentat auf einen sozialdemokratischen Redakteur aus München an einen der Attentäter schrieb: er könne der Treue seiner Kameraden versichert sein und Hitler liebe ihn grüßen.

Hitler bleibt der Begünstiger des politischen Mordes in Deutschland.

SA-Mörder gesteht.

Der Mord in der Ackerstraße in Berlin, wo in der Silvesternacht eine Frau von einem Radfahrer ohne irgendwelche vorhergehende Auseinandersetzung erschossen wurde, hat seine Aufklärung gefunden. Der Mörder ist der SA-Sturmführer und Schlichtergeselle Baumgart. Der Mörder will sich mit Betrunkeneheit herausreden. Jedenfalls war er jedoch nicht so betrunken, daß er nicht radfahren und „Heil Hitler!“ rufen konnte. Der Mörder aus der Ackerstraße stammt aus der schlesischen „Schule“ des Nazi-Abgeordneten Heines!

SA-Leute als Straßenräuber.

In Stettin wurden vier SA-Leute festgenommen, die am Silvestertage in Streithof im Kreis Randow den Gutspächter und „Stahlhelm“-Mann Steinicke niedergeschossen und beraubt haben. Der Gutspächter ist inzwischen an den erlittenen Verletzungen gestorben. Die Waffen der SA-Leute stammen, wie festgestellt wurde, aus dem Depot der Stettiner SA. Bei dem Raubmord verwerteten die Täter ihre für den Bürgerkrieg erlernte Technik des Ueberfalls: sie fuhren mit einem Kraftwagen vor, durchschnitten sämtliche Telefonleitungen und bedrängten die gerade bei einer Lohnzahlung Versammelten mit der Waffe in der Hand. — Bei der Vernehmung konnte außerdem festgestellt werden, daß die Banditen auch an dem politischen Sprengstoffanschlag vom 9. August 1932 auf die Stettiner sozialdemokratische Zeitung „Volksbote“ beteiligt waren. Dieses Attentat ist damals nur durch einen Zufall ohne Verluste von Menschenleben und Einsturzkatastrophen abgelaufen. Die hochexplosive Pikrinladung der in den Ladeneingang des Verlagshauses geschleuderten Bombe entlud sich nämlich nach außen, sonst wäre das vierstöckige Haus in die Luft geflogen. Aber auch so entstand schwerer Sachschaden. Im Anschluß an diese Verhaftungen wurden bei den Stettiner SA-Stürmen Durchsuchungen vorgenommen und größere Waffenmengen entdeckt. — Inzwischen sind die Verhafteten aus der Stettiner SA „ausgetreten“, wie die NSDAP mittelt, die nun den Haupttäter als aus „marxistischen“ Kreisen stammenden „Spitzel und Provokateur“ hinstellen möchte.

Nationalsozialistischer Mörder wieder freigelassen!

Die wegen des Mordes an einem Jungarbeiter in Breslau festgenommenen drei SA-Leute wurden wieder freigelassen. Nicht etwa, weil sich ihre Unschuld erwiesen hätte, sondern weil zwei der Festgenommenen „nur“ an der Schlägerei und nicht an der Tötung beteiligt gewesen seien und weil bei dem Mörder die Möglichkeit (!) der Notwehr vorliegen könne. Der dringende Tatverdacht einer Körperverletzung mit tödlichem Ausgang, der allein einen Haftbefehl rechtfertigt, könne daher nicht bejaht werden. — Es handelt sich um nationalsozialistische Mörder und um deutsche Juristen!

Die Schuldigen am nächsten Krieg. Fortschritt der Kriegshetze während des Wochenendes.

Am Sonntag vormittag wurde im Zentralinstitut für Erziehung und Unterricht in Berlin eine Ausstellung eröffnet, die den Titel führt:

„Ostproußen — was es leidet, was es leistet.“

Zur Eröffnungsfeyer waren Vertreter der Reichs-, Staats- und Stadtbehörden erschienen. Einer der Redner, der Landeshauptmann der Provinz Ostpreußen, Dr. Blunk, sagte, die Ausstellung sei

„ein verheißungsvoller Auftakt

für die nationalpolitische Aufklärungsarbeit“. Ostpreußen sei ja in diesen Tagen wieder ein Kampffeld vor dem Weltgewissen. Es gelte darum jetzt mit verstärktem Eifer die polnische Weltpropaganda zu überwinden und die Weltmeinung für Deutschland zu erkämpfen.

Reichsinnenminister Dr. Braucht bekundete durch eine Rede, daß die Reichsregierung es an dem von Blunk geforderten Geist nicht fehlen lasse. Er überbrachte die Grüße des Reichspräsidenten, „des ruhmelichen Retters Ostpreußens und großen Sohnes seiner Heimat“. Es müsse festgestellt werden, so meinte Dr. Braucht, daß die Lage Ostpreußens durch die Grenzziehung von Versailles unerträglich sei. ...

Die Taten sollten beweisen, daß Deutschland seine Zukunftsaufgabe im deutschen Ostpreußen nicht vergesse.

Durch diese Rede erklärt die deutsche Reichsregierung sich solidarisch mit der in den letztvergangenen Wochen zu neuer Größe erstandenen antipolnischen Hetze der deutschen Rechtspresse. Wie diese Hetze jenseits der Weichsel aufgenommen wird, kann man sich leicht vorstellen. Die „revisionistische Propaganda Deutschlands“ hat in der polnischen Presse große Erregung hervorgerufen. Der „Krakauer Illu-

Kommunist in Koblenz lebensgefährlich verletzt.

In der Nacht zum Sonnabend wurde in Koblenz ein Kommunist von einem Nationalsozialisten durch einen Lungensteckschuß schwer verletzt. Es besteht Lebensgefahr. Dem Ueberfall waren Provokationen uniformierter Nationalsozialisten gegen Kommunisten vorausgegangen.

Der Wahlkampf in Lippe nimmt immer üblere Formen an, insbesondere infolge der Heranziehung von SA-Leuten von außerhalb des Freistaates Lippe. Die Kommunisten antworteten auf diese gefährlichen faschistischen Manöver natürlich mit entsprechenden Gegenmaßnahmen. — Nachdem das Demonstrationsverbot von der Regierung erlassen worden war, wurden auch noch preußische Polizeiformationen zu Hilfe geholt. Die Landesregierung ist entschlossen, den Ausnahmezustand zu verhängen und die von auswärts zugezogenen Kampfformationen der politischen Verbände über die Grenzen abzuschicken, wenn die Zusammenstöße nicht aufhören. — Am Freitagabend kam es zu schweren Ausschreitungen in den Zieglerdörfern Erder und Varenholz an der nordlippischen Grenze. In Erder versuchte eine nationalsozialistische Sprengkolonne eine SP-Versammlung zum Aufliegen zu bringen, nachdem einem Nazi-Diskussionsredner wegen Beschimpfung der SP das Wort entzogen worden war. Die anwesenden Saalschutzstaffeln des „Reichsbanners“ entfernten jedoch die Ruhestörer und verhinderten Tötlichkeiten. Daraufhin zog das Sprengkommando nach Varenholz, ebenfalls in eine sozialdemokratische Versammlung. Dort gelang es den Nazis, eine Schlägerei in Gang zu bringen, bei der sie mit Messern stachen, mit Schlagwerkzeugen um sich hieben und auch Schüsse abgaben. Fünfzehn Versammlungsbesucher, darunter mehrere Frauen, wurden schwer verletzt. Die anwesenden Arbeiter verletzten in der Verteidigung einige der Angreifer mit Stuhlbeinen. Nach ihrer „Heldentat“ ergriffen die Nazis die Flucht auf einem Lastkraftwagen. — Am Sonntag nachmittag wurde eine nationalsozialistische Kraftfahrerstaffel angehalten und vierzig Teilnehmer sistiert, da es sich um eine verbotene Demonstration handelte. Bei der Durchsuchung wurden bei zwei der Sistierten Revolver beschlagnahmt. — In der Nacht zum Sonntag wurden zwei Personen in der Langen Straße in Detmold bei einem Zusammenstoß zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten verletzt. In der Bruchstraße in Detmold wurden an einem jüdischen Kaufhaus sämtliche Reklameschilder von Nazis abgerissen. — Verschiedene kommunistische Wahlversammlungen mußten deshalb ausfallen, weil die Wirte angeblich aus Furcht vor Zerstörung der Saaleinrichtung eine unerschwinglich hohe Kautions verlangten hatten.

In Breslau veranstaltete am Sonntag die „Eiserne Front“ eine Protestdemonstration gegen den Terror der Nationalsozialisten und die Ermordung eines Jungarbeiters durch die SA. Beim Abmarsch der Züge kam es zum Zusammenstoß mit provozierenden Nationalsozialisten, wobei drei Nazis verletzt wurden. Die Polizei nahm eine offensichtlich parteiische Haltung für die Nazis und gegen das „Reichsbanner“ ein! Neun Personen wurden verhaftet.

In Düsseldorf kam es am Sonntag zu einer Schießerei zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten. Einige Personen wurden durch Streifschüsse und Messerstiche verletzt. Zwei Schutzpolizisten hielten mit der Waffe die politischen Gegner auseinander, bis das Ueberfallkommando eintraf und mehrere Verhaftungen vornahm.

Blutiger Naziüberfall auf Streikende!

Aus Frankfurt am Main wird ein unerhörter Vorgang gemeldet. Vor einigen Tagen überfielen morgens etwa 250 Nazis, die meisten in Uniform, Streikposten vor der Firma Bender und Gattmann in der Bismarck-Allee. Vier Arbeiter mußten mit schweren Kopfverletzungen ins Krankenhaus gebracht werden, weitere zehn Arbeiter wurden leichter verletzt. Die Polizei schützte die Arbeiter nicht nur nicht gegen die Angreifer, sondern hielt im Gegenteil ihren schwer bedrängten Kollegen zur Hilfe eilende Arbeiter vom Kampfplatz fern! Nur drei Nazis wurden schließlich verhaftet. Ein SA-Mann lief während des Kampfes mit dem Ruf „Das mache ich nicht mehr mit!“ zu den mißhandelten Arbeitern über! So zeigte sich wieder einmal das wahre Gesicht der faschistischen Mordbanditen im Dienste der ausbeutenden Klasse!

Staatspartei bleibt dem deutschen Volke erhalten!

Am Sonntag tagte in Berlin der Gesamtverband der Deutschen Staatspartei. Es wurde einmütig beschlossen, die Arbeit der Partei fortzusetzen. Ein Antrag auf Selbstauflösung der Partei wurde nicht eingebracht.

Blutopfer der „Politik“.

In Hannover veranstaltete am Sonntag die SA und SS einen Umzug, wobei es wiederholt zu Auseinandersetzungen mit politisch Andersdenkenden kam. Bei Schlägereien in Linden und Limma bei Hannover mußte Polizei eingesetzt werden.

In Halle an der Saale kam es am Sonnabend nachmittag zu schweren Schlägereien vor einem neu eröffneten SA-Heim in der Merseburger Straße, an der sich etwa 150 Personen beteiligten! Die Streitenden, unter denen sich auch Kommunisten befanden, bewarfen sich mit in der Nähe liegenden Pflastersteinen. Von Seiten der Nationalsozialisten wurden mehrere Schüsse abgegeben. Die Polizei trennte schließlich die Parteien, wobei sie Warnungsgeschüsse abgab. Vier Nationalsozialisten und zwei Kommunisten wurden verhaftet. Die Zahl der Verletzten ist nicht bekannt, da sich die streitenden Parteien nach Eintreffen der Polizei in ihre naheliegenden Heime zurückzogen.

In Frankfurt am Main entwickelte sich in der Nacht zum Sonntag in der Vilbeler Straße eine schwere Schlägerei zwischen sechs Nationalsozialisten und zwei Kommunisten, wobei einer der Nationalsozialisten so schwer verletzt wurde, daß er ins Krankenhaus gebracht werden mußte. Der Täter wurde verhaftet.

Unruhiger Sonntag in Leipzig. Im Zusammenhang mit politischen Kundgebungen kam es in Leipzig zu ernsthaften Zusammenstößen. In der Ostvorstadt wurde ein SS-Mann festgenommen, weil er geschossen und einen jungen Mann leicht verletzt hatte. In der Lorckstraße wurden Angehörige des „Reichsbanners“ von Nationalsozialisten überfallen. Die Täter sind noch nicht festgenommen worden, obwohl sie erkannt wurden. Im Osten Leipzigs wurde ein über tausend Mann starker Zug der KP wegen Singens „aufreizender“ Lieder polizeilich aufgelöst.

In Berlin ereigneten sich in der Nacht zum Sonntag und im Verlaufe des Sonntags eine Reihe von Zusammenstößen zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten, in deren Verlauf fünf Personen nicht unerheblich verletzt und dreißig Zwangsgestellungen von der Polizei vorgenommen wurden. — So veranstalteten die Nationalsozialisten im Norden Berlins einen Demonstrationmarsch, an dem sich die in starkem Zerfall befindlichen SA-Stürme sehr schwach beteiligten. Umso stärker war der Terror der SA-Leute. An der Straßenkreuzung Wolliner und Rheinsberger Straße sprangen plötzlich drei Nazis aus dem Zug, schlugen einen Arbeiter mit dem Antifaabzeichen zu Boden und versetzten ihm einen Messerstich am Kinn. Die Tat geschah unter den Augen zweier Polizisten, die sich weigerten, die Terroristen festzustellen! — In der Nähe des Bahnhofs Pankow-Niederschönhausen fand eine Schlägerei zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten statt. Ein Nazi wurde verletzt, etwa zwanzig Kommunisten verhaftet. — Auf ein kommunistisches Lokal in der Wullenweberstraße wurden von Nationalsozialisten mehrere Schüsse abgegeben. Der im Lokal befindliche Jungarbeiter Kraut erhielt dabei einen Steckschuß in den linken Unterarm. Die Täter entkamen. — Einige Stunden später, am Sonntag früh, fand wieder eine Schlägerei zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten statt, bei welcher auf beiden Seiten je ein Verletzter zu verzeichnen war. Die Polizei verhaftete vier Beteiligte. — Sonntag nachmittag ereignete sich in Berlin-Moabit ein politischer Zusammenstoß zwischen SA-Leuten und Kommunisten. Ein Kommunist wurde an der Hand verletzt, fünf Personen wurden verhaftet.

Wieder Naziführer in „Urlaub“ geschickt.

Der „Stabschef“ der SA, Röhm, und der SA-Gruppenführer für Berlin und Brandenburg, Graf Helldorf, sind „beurlaubt“ worden und haben eine Erholungsreise nach Italien angetreten. Auffallend an dieser „Beurlaubung“ ist die Eilfertigkeit, mit der jetzt schon von Naziseite darauf hingewiesen wird, daß alle Nachrichten, die diesen Urlaub mit Meinungsverschiedenheiten zwischen Hitler und den Genannten in Verbindung bringen, „frei erfunden“ seien.

Papen wühlt weiter.

Der Herrenreiter von Papen ist anscheinend außerordentlich aktiv beteiligt an den Machenschaften der Reaktion. Jetzt, kurze Zeit nach der Verhandlung mit Hitler, wird bekannt, daß am Freitagabend in Düsseldorf eine längere politische Aussprache zwischen Papen und dem Vorsitzenden der westdeutschen Landeskatholikenausschüsse der Deutschen Nationalen Volkspartei, Dr. Glasebock aus Krefeld, stattgefunden hat. Es wurde vorwiegend über „die Eingliederung des konservativen katholischen Volksteiles in die zu bildende große nationale Einheitsfront“ gesprochen!

Berlin, 9. Januar.

Papen wird wahrscheinlich noch heute den Reichskanzler von Schleicher über die Kölner Unterredung mit Hitler unterrichten. Es ist anzunehmen, daß Papen auch dem Reichspräsidenten über die Kölner Begegnung berichten wird.

Länderkonferenz mit Schleicher.

Mitte Januar ist wieder eine Länderkonferenz der Ministerpräsidenten der deutschen Länder mit dem Reichskanzler in Berlin geplant. Die Anregung zu dieser Konferenz ist angeblich von Schleicher selber ausgegangen.

Haushaltsausschuß am 10. Januar.

Die bereits mitgeteilte Tagesordnung der Sitzung des Haushaltsausschusses des Reichstags ist dahingehend ergänzt worden, daß mit der finanzpolitischen Aussprache auch die Beratung vertraulicher Mitteilungen des Reichsfinanzministers über die aus Mitteln des Reichshaushalts gewährten Darlehen, sowie die vom Reich übernommenen und noch laufenden Bürgschaften und Garantien nach dem Stande vom 1. Oktober 1932 verbunden werden soll. Sicher sehr interessante Gebiete des Reichshaushalts, nur werden die Mitteilungen des Reichsfinanzministers vor dem Ausschuß, dem ja auch Linksparteien angehören, nicht allzu „aufschlußreich“ werden.

Auch im preußischen Landtag beginnen in der nächsten Woche die Ausschussarbeiten. So tritt am Dienstag der Rechtsausschuß zusammen, der sich in mehreren Sitzungen bis Sonnabend mit zahlreichen Eingaben zu beschäftigen hat. Am Mittwoch werden auch einige Anträge beraten werden, unter anderem der Antrag der Zentrumsfraktion über die Wiedergutmachung der bei einer Schlägerei im Landtag entstandenen Personen- und Sachschäden durch die an dem Zusammenstoß beteiligten Fraktionen.

England im dritten Krisenjahr.

Das dritte Jahr der Weltwirtschaftskrise war in Großbritannien bemerkenswert zum mindesten wegen der verschiedenen drastischen Aenderungen in der wirtschaftlichen Struktur des Landes.

Die Finanzkrise im Dezember 1931 brachte die dramatische Aufhebung des Goldstandards. Die politische Krise und der Regierungswechsel, die darauf folgten, brachten ein Budget mit starken Herabsetzungen der sozialen Unterstützungen, insbesondere der Ausgaben für Erwerbslose. So wurden die Staatsfinanzen ins Gleichgewicht gebracht.

In den darauffolgenden Monaten gelang es der Bank von England, das Vertrauen des Auslandes zur wirtschaftlichen Widerstandskraft Englands nach und nach wieder herzustellen, indem sie vorsichtig auch den Verdacht der Inflation verminderte.

Der Diskontsatz wurde innerhalb von 8 Monaten seit Ende Juni 1931 von 6½ auf 2 Prozent gesenkt und blieb auf diesem niedrigen Stand ohne daß der Notenumlauf stieg. So wurde es möglich, die laufenden Staatsausgaben zu senken durch Konvertierung von 2 Milliarden Pfund Kriegaanleihe von 5 auf 3½ Prozent (Konvertierung = Umtausch von fälligen Anleihen, verbunden mit Zinsherabsetzung).

Aber das Wichtigste ist: innerhalb eines Jahres ist es der nationalen Regierung nicht nur gelungen, England aus einem Freihandelsland zu einem Hochschutzzollland für industrielle Fertigwaren zu machen, sondern auch zu einem Land mit besonders hohen Zöllen auf die Einfuhr von Rohmaterialien, zum Beispiel Eisen und Stahl, und mit einem Kontingentierungssystem zur Subvention der Weizen- und Fleischproduzenten.

Verschärfung der Krise in der Schwerindustrie.

Welche Wirkung haben diese Veränderungen auf die britische Industrie gehabt? Ist es der Nationalen Regierung mit den genannten Maßnahmen gelungen, Großbritannien von dem allgemeinen Schrumpfungszustand loszureißen?

Der Beschäftigungsindex des „Economist“ liefert ein Bild der wirtschaftlichen Entwicklung Großbritanniens während des vergangenen Jahres (1924 = 100):

Monatsdurchschnitte	VI. (Vierteljahr)		I. (Vierteljahr)		II. (Vierteljahr)		III. (Vierteljahr)		August bis		Sept. bis	
	1929	1931	1931	1932	1932	1932	1932	1932	Okt.	Nov.	Okt.	Nov.
Schwerindustrie	84,5	65,5	65	64	58,5	55,5	57	55				
Uebrige Industrie	109,5	96	97	96,5	96	94,5	95	96				
Ges. Industr. Produktion*	107	99	99,5	99	98,5	98	98	98,5				

Nur in Bezug auf die „übrige-Industrie“ ist die Fortentwicklung der Krise aufgehalten worden und auch da hielt sich die Verbesserung nur während des ersten Teils des Jahres. Größte Bedeutung muß der Tatsache beigemessen werden, daß die

Krise in der Schwerindustrie — der Grundlage des englischen Reichtums — im vergangenen Jahr noch schlimmer geworden

ist. Dies geht aus den nachfolgenden Angaben über die monatliche Produktion von Kohle, Eisen und Stahl hervor (Angaben in 1000 Tonnen):

Produktion	VI. (Vierteljahr)		I. (Vierteljahr)		II. (Vierteljahr)		III. (Vierteljahr)		Okt.		Nov.	
	1929	1931	1931	1932	1932	1932	1932	1932	1932	1932	1932	
Kohlen	21 800	18 600	19 600	18 900	17 700	15 700	17 100	17 300				
Eisen	643	318	309	335	319	275	280	272				
Stahl	816	438	454	465	442	414	445	480				

Ausfuhr:

Ausfuhr	VI. (Vierteljahr)		I. (Vierteljahr)		II. (Vierteljahr)		III. (Vierteljahr)		Okt.		Nov.	
	1929	1931	1931	1932	1932	1932	1932	1932	1932	1932	1932	
Kohlen u. Stahl	5 000	3 600	3 700	3 100	3 400	3 100	3 300	3 400				
Eisen u. Stahl	360	170	180	160	160	150	160	170				

Nach dem ersten zeitweiligen Antriebe zur Ausfuhr, den diese Industrien durch die Aufhebung des Goldstandards und die darauffolgende Pfundentwertung erhielten, folgte eine starke Produktionsschrumpfung, so daß die durchschnittliche Jahresproduktion von Kohle und Eisen erheblich unter der des Vorjahres liegen wird. Für Eisen und Stahl setzte im August eine Belebung ein, die auf die Kohlenproduktion zurückwirkte; sie war das Ergebnis der Einführung hoher Zölle auf die Eisen- und Stahleinfuhr. Es ist bezeichnend, daß der Verbrauch von Stahl in England während der ersten zehn Monate 1932 um 9 Prozent unter dem Verbrauch während derselben Zeit des Vorjahres lag; der Rückgang in der Einfuhr war größer als die Zunahme der inländischen Produktion!

Nur vorübergehende Belebung in der Baumwollindustrie.

Die vorübergehende Belebung in der übrigen Industrie spiegelt sich in der Steigerung der Baumwollausfuhr wieder, die als Folge der Aufhebung des Goldstandards und des chinesischen Boykotts japanischer Waren eintrat.

Monatsdurchschnitt	VI. (Vierteljahr)		I. (Vierteljahr)		II. (Vierteljahr)		III. (Vierteljahr)		Okt.		Nov.	
	1929	1931	1931	1932	1932	1932	1932	1932	1932	1932	1932	
Ausfuhr von Baumwollstücken (in Millionen square yards)	306	143	140	187	195	185	138	159				
Baumwolle, an die Fabriken geliefert (in Millionen Pfund)	124,5	94,5	122,1	117,1	108,6	82,5	101	103				

Als dann auch Japan die Goldwährung aufgab, und auch der Yen sich entwertete, sogar noch schneller als das Pfund, schwand der Vorsprung Englands weitgehend. Und selbst wenn wir den Baumwoll-Streik und die übliche Saisonbewegung in Rechnung stellen, so zeigt doch die ständige Verringerung der gelieferten Rohstoffmenge bis zum dritten Vierteljahr 1932, daß die Aufwärtsentwicklung zu Ende ist.

Steigende Erwerbslosigkeit.

Auch die Erwerbslosenziffern zeigen die Verschärfung der Krise:

Monatsdurchschnitt	IV. (Vierteljahr)		I. (Vierteljahr)		II. (Vierteljahr)		III. (Vierteljahr)	
	1929	1931	1931	1932	1932	1932	1932	
Gesamtzahl der eingetragenen Erwerbslosen (in 1000)	1230	2650	2668	2666	2714	2843	2747	2799

Diese Zahlen geben kein genaues Bild der Veränderungen der Erwerbslosigkeit; denn infolge der gesetzlichen Maßnahmen der jetzigen Regierung sind viele versicherten Erwerbslosen von den Listen gestrichen worden. Die Gesamtzahl der nicht eingeschriebenen Erwerbslosen betrug am 26. September 1932 nach einer amtlichen Angabe ungefähr 170 000. Seitdem sind keine weiteren Zahlen darüber veröffentlicht worden. Es gab demnach im dritten Vierteljahr 1932 insgesamt

3 013 000 Erwerbslose, das sind 279 000 oder etwa 10 Prozent mehr als im dritten Vierteljahr 1931.

Aenderung der Massenkaukraft?

Leider ist schwer feststellbar, wie sich im vergangenen Jahr die Kaukraft der britischen Arbeiter insgesamt verändert hat. Die Zahl der beschäftigten Arbeiter ist zurückgegangen. Im Durchschnitt der ersten zehn Monate des Jahres 1932 waren 9,34 Millionen Arbeiter beschäftigt, verglichen mit 9,46 Millionen im Vorjahr, ein Rückgang von ungefähr 1½ Prozent. Obwohl außerdem die Löhne gesenkt worden sind, ist es möglich, daß der Reallohn der gesamten Arbeiterschaft gestiegen ist; denn der Lebenshaltungsindex ist stärker gesunken als der Index der Nominallohne:

Index für die durchschnittlichen Wochenlöhne	IV. (Vierteljahr)		I. (Vierteljahr)		II. (Vierteljahr)	
	1929	1931	1931	1932	1932	1932
Lebenshaltungskosten-Index	100,2	98,0	97,4	96,9	96,5	96
Reallohn-Index	93,7	84,0	84,0	83,2	80,9	81,5
	106,9	116,7	116,0	116,4	119,3	117,8

Der Lebenshaltungsindex ist gesunken, trotz Einführung der Zölle, da der Fall der Weltmarktpreise durch die Zölle nicht ausgeglichen wurde. Seit Juni 1932 hat sich die Richtung der Preiskurve allerdings geändert. Die Ursache davon ist: das weitere Absinken des Pfundkurses, das Steigen der Zölle und schließlich die Durchführung der Ottawa-Verträge, die auf die Lebenshaltungskosten besonders durch Erhöhung der Fleischpreise einwirkten.

Wenn die Massenkaukraft von 1931 auf 1932, sofern überhaupt, so doch wohl nicht erheblich gesunken ist, so kann man wohl sagen, daß dies nicht infolge sondern trotz der Wirtschaftspolitik der Nationalen Regierung geschehen ist.

Daß der Rückgang der Massenkaukraft jedenfalls nicht erheblich war, liegt daran, daß in einigen Industrien, vor allem in der Textilindustrie, eine Belebung erfolgte, die jedoch durch ihre Ursachen schon dazu verurteilt war, nur vorübergehend zu sein, ferner an dem Fall der Lebenshaltungskosten infolge des dauernden Fallens der Weltmarktpreise. Das Sinken der Lebenshaltungskosten wäre viel stärker gewesen, wenn die Regierung nicht mit Schutzzöllen eingegriffen hätte. Nachdem nun die Krise in der Schwerindustrie an Schärfe zunimmt, und die vorübergehende Belebung der übrigen Industrie zum Stillstand gekommen ist und die Lebenshaltungskosten steigen, besteht die

ernste Gefahr, daß die Massenkaukraft im nächsten Jahr erheblich sinken wird.

(Von dem „Kampf“ der Regierung gegen die Wirtschaftskrise und dem „Kampf“ der Arbeiter gegen Krise und Regierung wird in einem zweiten Aufsatz berichtet werden.)

Allan Flanders (London).

Goldproduktion steigt allen Prophezeiungen zum Trotz.

Die Goldproduktion des Jahres 1932 wird auf 22½ bis 23 Millionen Unzen (zu 31,1 Gramm) geschätzt. Das ist eine erhebliche Steigerung gegenüber dem Vorjahr, in dem die Produktion 21½ Millionen Unzen betrug. Vielleicht brachte das Jahr 1932 sogar einen Rekord, und die bisher größte Produktion von 22,7 Millionen Unzen im Jahre 1915 wurde überflügelt.

An der Spitze der Goldproduktion steht nach wie vor Transvaal. Von dort stammt die Hälfte der jährlichen Goldproduktion. In Transvaal wurde im August die bisher höchste monatliche Ausbeute von 991 000 Unzen erzielt. An zweiter Stelle steht Kanada. Dort ist die Produktion vom Januar 1932 bis September 1932 von 234 000 auf 260 000 Unzen gestiegen. Die Produktion in den USA stieg innerhalb derselben Zeit von 174 000 auf 246 000 Unzen monatlich. Auch Australien hat seine Produktion vergrößert. Die Sowjet-Union will ihre Produktion stark vergrößern und verhandelt zur Zeit in England über den Kauf von Goldwäsche-Maschinen, wie sie in den australischen Goldminen gebraucht werden.

Diese Entwicklung läuft den Prophezeiungen der sich als berufen fühlenden Propheten völlig zuwider. Völkerbunds-Sachverständige hatten 1930 geschätzt, daß die Produktion stark zurückgehen werde. Sie veranschlagten die Produktion von 1930 auf 404 Millionen Dollar; sie betrug 420 Millionen Dollar. Sie veranschlagten die Produktion von 1931 auf 402 Millionen Dollar; statt zurückzugehen, stieg sie jedoch auf 440 Millionen Dollar. Für 1932 hatten sie eine kleine Steigerung von

410 Millionen Dollar prophezeit — darnach würde sie ihrer Ansicht nach um so stärker abfallen —, in der Tat stieg die Produktion wohl auf 460 Millionen Dollar.

Auf jenen durch die Wirklichkeit Lügen gestraften Prophezeiungen hat man Konjunkturtheorien aufgebaut; man hat aus wachsender Goldknappheit die Entstehung oder doch Verschärfung der Krise abgeleitet; man hat dadurch Propaganda gegen die Goldwährung gemacht. Dieser Propaganda wird durch die Tatsachen nun die Stütze entzogen.

Uns erstaunt die tatsächliche Entwicklung gar nicht. Wenn der Preis einer Ware steigt, dann wird unter sonst gleichbleibenden Umständen von dieser Ware mehr produziert. So steht es bei Schweinen, bei Getreide, auch bei Gold: Während der Weltwirtschaftskrise sind die meisten Warenpreise gesunken, das heißt: der Preis des Goldes, in Waren gerechnet, ist gestiegen. Das mußte zu einer Erhöhung der Goldherzeugung führen, zumal gleichzeitig die Kosten der Goldproduktion gesenkt worden sind durch eine besondere Ermäßigung der Löhne; insbesondere in Südafrika, wo früher zeitweise Arbeitermangel herrschte, sind Arbeitskräfte in anderen Betrieben freigesetzt worden und standen so der Goldindustrie billig zur Verfügung. — Infolge des Abgehens Südafrikas vom Goldstandard sind dort neuerdings die Produktionskosten im Verhältnis zum Goldpreis weiter gesenkt worden; man muß daher mit einer weiteren Erhöhung der Goldproduktion dort rechnen.

H. H.

Ansiedlung fremder Industrien in Großbritannien.

Auf eine Anfrage im Unterhaus hat ein Vertreter des Handelsministeriums über den Fortschritt der Ansiedlung fremder Industrien — als Folge des Zolltarifs und der Sterling-Entwertung — die folgenden Angaben gemacht:

Zwischen November 1931 und Mai 1932 wurden in England durch Ausländer, oder mit deren Unterstützung, 123 neue Betriebe eröffnet. Bis Ende April beschäftigten diese Werke 3682 Menschen; diese Zahl dürfte bis Oktoberende auf 5896 gestiegen sein. Nach den Feststellungen der Handels- und Arbeitsministerien wurden zwischen Mai und Oktober 1932 95 weitere Betriebe eröffnet, deren Gesamtbelegschaft sich auf 3465 Menschen stellt. Unberücksichtigt hierbei sind 245 Ausländer, die vorübergehend auf Grund von Genehmigungen des Arbeitsministeriums zu Installations- und Anlernungszwecken beschäftigt werden.

Insgesamt sind von den seit November 1931 errichteten ausländischen Fabrikunternehmen Ende Oktober 9361 Menschen beschäftigt worden. Sobald überall Vollproduktion erreicht wird, hofft man diese Ziffer auf über 14 000 zu steigern.

Wieviele Arbeiter sind in derselben Zeit arbeitslos geworden?

1. In anderen Ländern? Dort werden ja weniger Einfuhrwaren für Großbritannien hergestellt!

2. In Großbritannien selber? Die Vergrößerung der inländischen Produktion durch Einstellung jener stolz gezählten 9361 Arbeiter in neuen Fabriken hat natürlich einen entsprechenden Rückgang der Einfuhr zur Folge; dieser zieht voraussichtlich eine Verringerung der Ausfuhr nach sich, diese einen Rückgang der Beschäftigung der Export-Industrie.

Ueber all das schwieg sich der Vertreter des britischen Handelsministeriums wohlweislich aus!

Rohstahl und Roheisen 1932.

Die Weltproduktion an Rohstahl ist im Zeitraum von 1929 bis 1932 von 122 Millionen Tonnen auf 50 Millionen Tonnen oder um 59 Prozent zurückgegangen. Der entsprechende Rückgang bei Roheisen ging von 87,7 Millionen Tonnen im Jahre 1929 aus und führte mit einer 60 prozentigen Senkung im Lauf der drei Jahre bis auf 39 Millionen Tonnen herab.

Den Rückgang der Rohstahlproduktion in den wichtigsten Produktionsländern zeigt die folgende Tabelle (Angaben in 1000 Tonnen):

	1929	1930	1931	1932	1932	
					(geschätzt)	in % von 1929
Deutsches Zollgebiet	16 246	11 539	8292	5710	35	
Saargebiet	2 209	1 935	1538	1430	65	
Luxemburg	2 702	2 270	2027	1920	71	
Belgien	4 122	3 365	3135	2800	68	
Frankreich	9 800	9 477	7808	5500	56	
Großbritannien	10 122	7 716	5446	5500	54	
Italien	2 253	1 867	1527	1350	60	
Spanien	1 007	929	604	500	50	
Tschechoslowakei	2 146	1 827	1521	670	31	
Polen	1 377	1 237	1037	530	38	
Sowjet-Union	4 903	5 798	5416	5400	110	
USA	57 819	41 672	26 553	14 100	24	
Japan	2 286	2 239	1864	2200	96	

Nur in der Sowjet-Union liegt die Produktion über der von 1929, allerdings auch nicht erheblich; in Japan liegt sie ein wenig unter der Produktion von 1929.

Die Produktion von Roheisen hat sich ähnlich entwickelt, doch ist in der Sowjet-Union 1932 die Produktion von Roheisen gegenüber dem Vorjahr gestiegen, während dort laut unserer Tabelle die Produktion von Rohstahl seit 1930 rückläufig ist.

ENGLAND

Arbeitslosenziffer sinkt: Die amtlich festgestellte Arbeitslosenziffer betrug am 19. September 2 723 000, das sind 77 000 weniger als im Vormonat, aber 213 000 mehr als im Vorjahr.

Hohe Großbank-Dividenden: Die Midlandbank verteilt wie im Vorjahr eine Jahresdividende von 16 Prozent. Die Barclaysbank verteilt gleichfalls dieselbe Dividende wie im Vorjahr: auf die B- und C-Aktien 14 Prozent, auf die A-Aktien 10 Prozent. Lloyds Bank verteilt 12 Prozent Dividende gegenüber 13½ Prozent im Vorjahr. — Durch Auszahlung von Scheinen wird der Schein aufrechterhalten!

Ein neues Riesenhüttenwerk wird in Corby (Northamptonshire) gebaut, das hauptsächlich Bessemerstahl herstellen soll. — Dabei werden viele Hüttenwerke heute nur zu einem Bruchteil ausgenutzt!

DEUTSCHLAND

Ruhrkohlenabsatz sinkt. Nachdem sich der Ruhrkohlenabsatz von August bis November in aufsteigender Linie bewegt hatte, ist der arbeitstägliche Absatz im Dezember auf 184 000 Tonnen gesunken; im November betrug er 190 000 Tonnen. Als Ursache für den Rückgang wird das ungewöhnlich milde Wetter angegeben, ferner aber die Wirkung der Unsicherheit der innerpolitischen Verhältnisse auf den Absatz von Industriekohle.

Hutfabrikanten unter einen Hut gebracht! Die Fabrikanten von Woll-Herrenhüten und Haarrhüten und der Deutsche Hutgroßhandel haben eine Bindung der Verkaufspreise für alle Sorten Woll- und Haarrhüte beschlossen. — Also Hut ab!